

Dr. 8. 21. Jahrgang. Dienstag, den 11. Januar 1910.

# Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. 8. 21. Jahrgang. Dienstag, den 11. Januar 1910.

Dr. 8. Dienstag, den 11. Januar 1910. 21. Jahrgang.

### Die Selbstverwaltung in der Fabrik.

Demokratie, Freiheit bedeuten im wesentlichen: Selbstverwaltung auf allen Gebieten des Lebens. Eine unbegrenzte individuelle Freiheit kann es ja nicht geben. Denn der Mensch ist ein soziales Wesen, der in Gemeinschaften leben muß, den erst das gemeinschaftliche Leben zum Menschen macht. Wohl aber ist ein Rechtszustand möglich, nach dem jede Gemeinschaft ihre Angelegenheiten unter voller Gleichberechtigung selbst regelt und verwaltet. Auf dem Gebiete der Produktion bedeutet die Selbstverwaltung: die genossenschaftliche, sozialistische Produktion. Das Fortspinnen des demokratischen Gedankens führt zum Sozialismus. Ein Demokrat, der konsequent sein will, muß daher auch Sozialist sein! Diese Selbstverwaltung in der Produktion... indes niemand von der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft verlangen, denn sie bedeutet ja die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise und Befreiung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, sie wird einmal das Resultat des Strebens und Kampfens und Aufbaus der demokratischen, sozialistischen Arbeiter aller Länder sein. Aber eine Selbstverwaltung in den Produktionsstätten, in den Fabriken, innerhalb der Gemeinschaften also, die täglich zusammen arbeiten und leben müssen, ist auch unter kapitalistischer Produktion nicht nur möglich, bis zu einem gewissen Grade, sondern auch unbedingt notwendig, wenn die Arbeiter mehr sein sollen, als bloße Sklaven, und wenn eine ruhige und gesunde Entwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete erstrebt werden soll.

Der bekannte Berliner Fabrikbesitzer und Sozialpolitiker Heinrich Freese, der auch in Breslau einen Betrieb besitzt, hat kürzlich in einem interessanten Buche (Die konstitutionelle Fabrik von Heinrich Freese. Jena. Verlag von Gustav Fischer, 1909.) seine 25jährigen Erfahrungen mit der Selbstverwaltung in seinen Betrieben mitgeteilt. Bei der Besprechung dieses Buches in der „Wille“ sprach Herr Naumann von einer „liberalen Fabrik“. Womit er ausdrücken wollte, diese Selbstverwaltung entspricht den liberalen Grundfäden. Auch Herr Freese teilt in der Einleitung seines Buches mit, daß er das absolutistische Verwaltungssystem in der von seinem Vater übernommenen Fabrik in Widerspruch gefunden habe zu den Forderungen, die er selbst als junger, der bürgerlichen Dingen angehöriger Politiker im Vereinsleben mit Eifer vertreten habe. Aber, so fährt er fort: „Ich war, als ich mich gelegentlich zu einem politischen Freunde darüber äußerte, lächelnd dahin aufgeklärt worden, daß es in den Fabriken sehr einflussreicher, ebenfalls meiner Richtung angehöriger Parteiführer nicht anders ausfähe. Geschäft und Politik seien zweierlei.“ Herr Freese war von dieser Auffassung nicht befreit. „Der Unterschied“, sagt er, „zwischen dem, was man für sich selbst verlangt und anderen gab, war zu offensichtlich.“ Aber dieser Unterschied zwischen liberalen „Grundfäden“ und der Haltung „liberaler“ Fabrikbesitzer den Arbeitern gegenüber ist heute noch offensichtlich! Freiwillig sind Herrn Freese wenig liberaler oder demokratischer Fabrikbesitzer gefolgt, wo die Selbstverwaltung in einer Fabrik in Deutschland zur Durchführung kam, wurde sie in der Regel erkämpft. Und mit der zunehmenden Macht der Arbeiterorganisationen wird die Selbstverwaltung in den Fabriken sich in Deutschland ebenso ausbreiten, wie es in England schon längst der Fall ist.

Die Selbstverwaltung in den Fabriken beruht auf demselben Gedanken und liegt auf derselben Achse — hat auch dieselben Ziele — wie die Selbstverwaltung der Gemeinden, der Krankenkassen, der Volksschulen, der Universitäten usw. In der Freese'schen Fabrik besteht ein Fabrikparlament, das mehr ist als ein Arbeiterausschuß. Durch ihre selbstgewählten Vertreter setzen die Arbeiter die Fabrik-Ordnung fest und den Arbeitsvertrag, der ein Tarifvertrag ist. Auch die Strafen für ordnungswidriges Verhalten bestimmen die Arbeiter selbst, sowie die Verwendung der eingehenden Gelder. Sie verwalten selbst eine für die Fabrik — das heißt die Arbeiter — bestehende Unterstufungskasse, die Witwen- und Waisenpensionen, die zinslosen Darlehen, die Fabrikparlamente, die Weihnachtsgeld, eine gemeinschaftliche Feuerversicherung, eine Samariter-Organisation, die Verwaltung der Erholungsräume, den gemeinsamen Garten, die Fabrikbücherei, die Festlichkeiten usw. Wenn die Arbeitervertreter tagen, können auch alle Beschwerden der Arbeiter, Verurteilungen gegen Strafen usw. vorgebracht werden, denn jeder Arbeiter und jede Arbeiterin kann den Sitzungen beiwohnen und seine Angelegenheiten vorbringen. Beschwerden über mangelhafte Lüftung, Heizung oder Beleuchtung, über Fehler in der maschinellen Anlage, über Lohnabzüge oder über Kollegen oder Beamte werden da vorgebracht. In den Hauptversammlungen, an denen alle Arbeiter teilnehmen, werden natürlich alle Fragen gründlich besprochen, die die Vertreter zu regeln haben. Herr Freese erklärt nach einer Erfahrung von fünf und zwanzig Jahren, daß diese Einrichtung auch dem Unte-

nehmer nur Vorteile bringe. „Das Verfassungsleben bringt ihn in bessere Fühlung mit seiner Arbeiterschaft. Sie verschafft ihm die Möglichkeit, Mißstände rechtzeitig zu beseitigen, Fehler seiner Beamten gut zu machen, erwidert ihnen die Zuneigung seiner Angestellten und schützt ihn gegen unberechtigte Eingriffe von außen. Es ist schwer zu sagen, wem mehr gedient ist: dem Prinzipal oder dem Arbeiter.“ Herr Freese zeigt an vielen Beispielen, wie die Arbeiter Ordnung halten, wie sie gegen Ungehörlichkeiten vorgehen und wie willig sie Disziplin halten, wenn sie die Anordnungen selbst getroffen haben. Er ist sogar ganz erstaunt, welche Beschränkungen sich die Arbeiter manchmal durch demokratische Entscheidungen gefallen lassen und bemerkt dazu: „Man sieht daraus, wie stark die Eingriffe in den Willen des einzelnen sein können, wenn sie nur auf Beschüssen selbstgewählter Organe beruhen.“

In der Fabrik des Herrn Freese ist bekanntlich auch seit langer Zeit schon der Achtstundentag eingeführt und die Arbeitsverhältnisse sind durch Tarifvertrag in allen Einzelheiten geregelt. Herr Freese hat dadurch und durch die geschickte Selbstverwaltung keinen materiellen Nachteil gehabt, sondern nur Vorteil. Eine derartige Verfassung in der Fabrik, sagt er zum Schluß, die sich in 25 Jahren glänzend bewährt habe, sei allerdings nicht ganz ohne Opfer an Zeit durchzuführen. Diese Opfer seien aber nicht zu hoch. Auch in dem allgemein üblichen (dem absolutistischen) Fabrikssystem gehe es nicht ohne große Opfer ab, die aber für den Krieg, für Streiks und Ausperrungen zu bringen seien. Statt für den Frieden, wie bei ihm. Seine eigenen Erfahrungen — bei ihm wurde nie gestreikt — sollten die Unternehmer dazu bewegen, durch Tarifverträge und Selbstverwaltung der Arbeiter aller ihrer gemeinsamen Angelegenheiten in der Fabrik die Kämpfe zu überwinden.

Die Mahnungen und guten Erfahrungen des Herrn Freese werden wenige Fabrikbesitzer bestimmen, freiwillig seinem Beispiel zu folgen — auch von denen nicht, die auf der politischen Bühne von Freiheit und Demokratie schwärzen. Die absolutistische Neigung, „Herr im Hause“, der Fabrik, zu sein, ist bei den Kapitalisten fast allgemein stark ausgeprägt und muß erst ausgerieben werden. Für die Arbeiter bedeutet die Selbstverwaltung in der Fabrik freilich nicht die Befreiung der kapitalistischen Ausbeutung. Aber es ist doch ein Unterschied, ob die Arbeiter willenlos der Diktatur des Unternehmers unterworfen sind, wie es die Grubenbesitzer und die meisten Großindustriellen verlangen, oder ob die gemeinsamen Angelegenheiten der Arbeiter von diesen selbst geregelt und die Verhältnisse zum Unternehmer mit diesem in demokratischer Weise festgelegt werden. Sich diese Freiheit, diese Selbstverwaltung zu erkämpfen, gehört daher zu den nächsten Aufgaben der Arbeiter. Das Buch von Freese wird ihnen dabei gute Dienste leisten können.

### Politische Ueberblick.

Reichstag und Landtag nehmen morgen ihre Verhandlungen wieder auf. Die Interpellation über die mecklenburgische Verfassungsfrage steht als erster Punkt auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung vom Dienstag. Wie die „Frankf. Zig.“ erfährt, hat im Bundesrat über die Antwort der Reichsregierung über diese Interpellation eine Verständigung stattgefunden. So sei es nicht unwahrscheinlich, daß der Reichkanzler die Interpellation selbst beantworten werde und ebenfalls auch die an zweiter Stelle stehende über die Kattowitzer Beamtenmaßregelungen.

Daß die Zentrumskraktion zur Begründung der Interpellation wegen der Kattowitzer Beamtenmaßregelungen den Abgeordneten Graf von Oppersdorff als ersten Redner vorschickte, hat seine ganz besonderen Ursachen. Graf Oppersdorff hat bei dem Sinauswurz-Bülow eine gewisse Rolle gespielt. Er ist ein Schwager des deutschen Gesandten Radolin in Paris und beteiligte sich besonders lebhaft an der gesellschaftlichen Achtung, die die Zentrumsmagnaten über Bülow als Antwort auf seine Angriffe gegen die Merikale Nebenregierung und die Einleitung der Blockpolitik verhängten. Wenige Wochen nach den Debatten über die Daily-Telegraph-Affaire erhielt Graf Oppersdorff eine Einladung von Wilhelm II., die damals bereits als Einleitung der bald darauf erfolgten Auflösung der Regierung mit dem Zentrum betrachtet wurde. Bülow wußte nach dem Schloßbesuch des Grafen Oppersdorff genau, was die Stunde geschlagen hatte. Nun will das Zentrum durch die Wahl Oppersdorffs als Interpellationsredner dem Reichkanzler Bethmann-Hollweg wegen der Beamtenmaßregelungen aber ganz gewiß nicht den Kampf ansagen. Wegen solcher Dinge ist die Merikale die Tischgemeinschaft mit der Regierung nicht, es können noch viele Duzende Wähler von Zentrumspolen gemafregelt werden, ohne daß das Zentrum auch nur die Spur der Energie ausdrückt, die es jetzt zusammenbringt, um durch Bülow über die Vorgänge in den Reichslanden einen Kulturkampf zu stillen. Bethmann-Hollweg soll zum Bewußtsein gebracht werden, daß gerade, weil

das Zentrum auf eine Rücknahme der Maßregelungen verzichtet, natürlich wird diese Verzichtsleistung nicht offiziell ausgesprochen, bestimmte Zentrumswünsche von ihm umso mehr berücksichtigt werden müssen. Oppersdorff soll dem Reichkanzler seine Einladung zu Wilhelm II. und ihre Folgen für Bülow in Erinnerung rufen.

Im Landtag erfolgt zunächst Präsidentenwahl und Verlegung des Etats.

Wie die Scherprelle mitteilt, wird die Wahlrechts-Vorlage dem Landtag in nächster Woche nach seinem Zusammentritt zugehen. In den maßgebenden Instanzen besteht Einigkeit über die Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe, dagegen ist man sich noch nicht einig über das Maß der Konzessionen, die nach der Seite des Pluralwahlrechts gemacht werden sollen.

Der Rede Sinn ist etwas dunkel. Auf das Dreiklassen-Wahlrecht kann das Pluralwahlrecht nicht gut aufgetropft werden. Soll letzteres System zur Einführung gelangen, dann muß die Klassenwahl in Wegfall kommen. Aller Voraussicht nach wird diese Wahlrechtsvorlage ein sauberer Wchseibalg werden.

**Wahlrechtsmogler.** Der freikonservative preussische Landtagsabgeordnete Freiherr v. Zedlig behandelt im „Tag“ die preussische Wahlreform. v. Zedlig ist einverstanden mit einer Reform, indessen er möchte ein Kompromißwerk haben, mit dem alle Parteien, Konservative, Zentrum und Nationalliberale, einverstanden sein können. Nur dann sei die Reform von Dauer, und sie zöge keine heftigeren Kämpfe und weitere Zersplitterung der „staatsbehaltenden“ Parteien nach sich:

„Denn die Erfahrung lehrt, daß gerade solche gesetzgeberische Werke am sichersten neuen Kämpfen entzückt werden, welche nach ersten Anzeichen eine Gestalt gewonnen haben, durch die zwar keine der politischen Hauptrichtungen voll befriedigt wird, mit der sich aber alle abzufinden vermögen.“

Aber wie denkt sich nun der freikonservative Freiheit diese Reform? Er sagt darüber:

„Erwägt man, daß der Uebergang zum Reichswahlrecht ernstlich nicht in Frage kommt, und daß in der Stellungnahme zur Wahlreform sich zwei verschiedene Grundanschauungen deutlich erkennen lassen, die eine, welche auf das Bestehen der Grundgesetze des geltenden Wahlrechts entzweifelndes Gewicht legt, während die andere umgekehrt die Verminderung des Einflusses der wohlhabenden Minderheit in den Vordergrund stellt, so läßt sich leicht ersehen, wie die Wahlreform ausfallen muß, damit sowohl Konservative wie Liberale und Zentrum sich noch damit abfinden können: sie wird den Rahmen und die Grundlinien des Dreiklassen-Wahlrechts festhalten, aber den Einfluß der minderbemittelten Mehrheit, insbesondere der höher gebildeten, auf die Wahlen zu verstärken müssen, daß die Parteien, welche darauf Wert legen, einen Fortschritt von Erheblichkeit darin zu erblicken vermögen. Wie weit nach dieser Richtung zu gehen sein würde, um einerseits dies Ziel zu erreichen, ohne doch andererseits die Grundlagen des geltenden Wahlrechts zu erschüttern, würde natürlich sehr umstritten sein. Aber die Möglichkeit, eine Linie zu finden, auf der beide Teile noch zu ihrem Rechte kommen, ist jedenfalls nicht ausgeschlossen. Die Lösung der Aufgabe würde sich voraussichtlich sogar verhältnismäßig leicht gestalten, wenn man sich über die Einführung der geheimen Wahl verständigte. Alle Liberale und ebenso das Zentrum legen hierauf so entzweifelndes Gewicht, daß sie um diesen Preis sicher über eine auch den Konservativen annehmbare Abmilderung des Wahlrechts mit sich reden lassen würden. Umgekehrt würden die Liberale, wenn sie sich, was aber mehr als zweifelhaft erscheint, mit der Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe überhaupt abfinden können, dies nur um den Preis so weitgehender Veränderungen der jetzigen Abmilderung des Wahlrechts zu tun in der Lage sein, daß die Konservativen darin sicher eine für sie unannehmbare Demokratisierung des Wahlrechts erblicken können.“

Also die geheime Abstimmung soll der Schlüssel zu dieser wunderbaren Lösung einer Reaktionäre und Liberale gleichermaßen befriedigenden Wahlreform sein. Aber — Zedlig glaubt nicht, daß sie kommt. Umsonst, wenn sie von der Regierung nicht gefordert wird.

Er weiß sich trotzdem zu helfen; zunächst weist er nach der Methode des Hegen-Sinnaleins nach, daß die geheime Abstimmung eigentlich ganz wertlos ist, und kommt dann zu diesem Schluß:

„Gewohnt man aber die Uebersetzung, daß die praktische Bedeutung der Form der Stimmabgabe nicht so groß ist, wie gemeinlich angenommen wird, so gelangt man von selbst an einer wenigstens möglichen Lösung des Problems: Verzicht auf die ausschließliche Anwendung der einen oder der anderen Form der Stimmabgabe und grundsätzliche Zulassung sowohl der geheimen wie der öffentlichen Abstimmung, je nachdem die tatsächlichen Verhältnisse liegen.“

Das ist die freikonservative Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage! Wo die Kuhhüter herrschen — öffentliche Wahl und in den Städten geheime. Das wäre ja freikonservative Gerechtigkeit!

**Die schwäbischen Demokraten und die liberale Einigung.** Die süddeutsche Volkspartei hielt am 6. Januar in Stuttgart ihren Parteitag ab, der sich lediglich mit der Einigungsfrage und dem Programm der neuen freisinnigen Linken beschäftigte. v. Bayer, der Führer der schwäbischen „Demokraten“, suchte das neue Programm schmachtlich zu machen, dadurch, daß er die abgeschwächten oder ganz in Wegfall gekommenen Forderungen der Volkspartei als unbedeutend hinstellte. Diese schwächliche Haltung gegen Freisinn a la Novich und Wladan wird am besten



Die Punkte, die im alten Programm enthalten waren, aber in dem neuen Programm nicht mehr stehen, sind folgende: Durchgefallen wurden die Forderungen auf Abklärung der Legislaturperiode, der Volksabstimmung über grundlegende Gesetze, ferner das Verbot der Öffentlichkeit der Bundesratssitzungen und schließlich das der Unentgeltlichkeit der Lehramter — alles Dinge, die nicht von ausschlaggebender Bedeutung waren. ... In die Stelle der Forderung einer Abschaffung der Todesstrafe ist nunmehr allerdings nur noch das ziemlich abgeschwächte Verlangen eines humanen Straffsystems getreten. In bezug auf den Standpunkt der Deutschen Volkspartei aus, das das neue Programm die der Deutschen Volkspartei selbstverständlich erscheinende Forderung des allgemeinen Wahlrechts für sämtliche Kommunalwahlen zwar zuläßt, aber nicht mehr als eine ausdrückliche Parteiforderung erklärt. Die Fassung der Stellung gegenüber den Zöllen und Steuern ist im neuen Programm klarer und gerechter geworden. Dagegen wurde das Ersuchen, daß in absehbarer Zeit alle indirekten Steuern durch andere ersetzt werden müssen, fallen gelassen. In Bezug auf die Frauenfrage ist im Entwurf alles dasjenige zusammengefaßt, worüber ein wirkliches Einverständnis innerhalb der Partei herrscht. Auch das Verlangen, daß die Volksvertretung bei der Festsetzung der Post- und Eisenbahntarife mitzuwirken habe, ist fallen gelassen worden. Die Zurückstellung einiger radikaler Forderungen wird aufgehoben durch die Aufnahme zahlreicher Erweiterungen und Verbesserungen, die einen oft nicht weniger radikalen Fortschritt bedeuten, als diejenigen, die zurückgeschickt werden mußten.

Die letzte Behauptung ist eine Beschwichtigungsphrase, die durch den neuen Programmentwurf in keiner Weise gerechtfertigt wird. Das wurde von einer Seite denn auch sehr deutlich ausgesprochen; der Referendar Kohler-Kirchheim führte aus:

„Ich habe den Berliner Freisinn in Berlin kennen gelernt. Die Einigungsentwürfe zeigen überall den Finger des Berliner Freisinn. Alle konsequent demokratischen Forderungen sind aus dem Programm gestrichen worden, weil es dem Berliner Freisinn nicht paßt. Der demokratische Gedanke wird in der neuen Partei seinen Raum haben. Die Mehrheit des Freisinn ist nicht demokratisch. Vereinzelt für den Freisinn ist ja die Ausrückung der vier sozialdemokratischen Mandate. Das ist ein Streich, den man ruhig den Reaktionären hätte überlassen können. Wir Demokraten werden die nächsten Reichstagswahlen abwarten, ob man uns zumutet, eine Stellung einzunehmen, wie sie sich mit unserem demokratischen Gewissen nicht vereinbaren läßt. Dann allerdings würden wir die Konsequenzen ziehen. Die Fusion ist ja nicht anzuhängen, wir hoffen aber, daß es uns gelingen wird, unseren gekünderten demokratischen Geist in die Partei hineinzubringen.“

Dieser Rede gegenüber versicherten Konrad Hausmann und v. Bayer, daß sie den schwäbischen demokratischen Geist nach Norden tragen würden. Gegen 2 Stimmen ward danach das Fusionsprogramm angenommen.

### „Wo Holz gehauen wird, da fallen Späne.“

Die Berliner Polizei ist durch die Freisprechung von Personen, die Widerstand geleistet haben sollen, wieder einmal arg in die Brüche geraten. Die Verhandlungen hatten bekanntlich ergeben, daß in einem Falle ein Postleutnant einen Mann, in dem er einen Demonstrationen vermutete, mit den Fäusten behandelt hat; ein anderer Polizeioffizier befahl die Verhaftung eines Trupps von 20 Mann, die absolut nichts getan hatten. Die Schauspieler sind gewohnt, solche Verfehle, ohne sich erst zu befinden, auszuführen. Die Stille erhalten dann Strafbefehle wegen Hahnehörung, Widerstand usw. Gegen sie Verurteilung ein, sie erscheinen als Jungen Schauspieler, sie beschwören den Tatbestand und in der Regel schenken ihnen die Gerichte Glauben. In diesen Fällen haben nun den Schauspieler Zeugen gegenüber, wie Graf Hoenesbroeck, Frau Schulze Minna Gauer und das war ein Glück für die Angeklagten, sonst wären sie auf Grund der eiblichen Polizeianzeigen verurteilt worden. Ein Polizist schwärzte seine, den Angeklagten belästigende eibliche Anklage schließlich mit den klassischen Worten ein: „Ja, wenn der Herr so viele Zeugen hat!“ Hätte der Herr nicht so viele Zeugen

gehabt, dann wäre der Polizist verurteilt bei seiner vorliegenden Auslage geblieben. Ein Berliner Mittagsblatt hatte sich mit dem Ersuchen um Aufklärung an den Berliner Polizeioberst Hoeft gewendet und dieser erklärte u. a.: „Das alte Sprichwort sagt: Wo Holz gehauen wird, da fallen Späne.“ Und die Polizei ist nicht in der Lage, wenn wir auch weiteren unteren Organen stets eine gewisse Milderkeit gegen Damen predigen, im Augenblick, wo ein großer Aufruhr entsteht, wo die Aufregung sich steigert, den einen mit einem anderen Waße zu messen, als den anderen.“ Wenn der Leiter des Polizeiwesens solchen Grundlägen huldigt, dann erklärt sich freilich so manches. Hoffentlich wird diese Tätigkeit der Berliner Polizei im Landtag scharf unter die Lupe genommen.

### Ein Welt-Trust.

Vor kurzem wurde gemeldet, daß die Gründung eines Salpeter-Welttrustes bevorstehe. Die Nachricht wurde alsbald demontiert. Jetzt aber wird der „Berliner Morgenpost“ von „gut unterrichteter norwegischer Seite gemeldet:

„Der amerikanische Industriemagnat und Milliardär John D. Rockefeller hat seit längerer Zeit mit der Deutschen Bank wegen Begründung des Salpetertrustes in Verhandlungen, und diese Verhandlungen sind bereits so weit gediehen, daß Morgan und die Deutsche Bank der amerikanischen Regierung ein bestimmtes Angebot wegen Ausbeutung der amerikanischen Salpeterlager machen konnten. Wie es scheint, ist die amerikanische Regierung nicht abgeneigt, diesem Angebot näher zu treten. Der Trust soll mit einer Milliarde Dollar finanziert werden, doch ist dabei die Bedingung, daß auch die finnische Stickstoffindustrie, die vornehmlich in Norwegen immer mehr an Ausdehnung gewinnt, in den Trust einbezogen wird. Behufs Verhandlungen mit der Deutschen Bank sind in Berlin die hervorragendsten Vertreter der finnischen Stickstoffindustrie eingetroffen, nämlich aus Norwegen Direktor Wallander und Ingenieur Gyde, einer der erfolgreichsten Erfinder eines Verfahrens zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft, aus Schweden Rechtsanwalt Silberg, weiter vier norwegische und fünf französische und belgische Finanzleute. Die Verhandlungen mit der Deutschen Bank sollen heute (7. Januar) beginnen.“

Wenn sich die Nachricht bestätigt, dann würde durch den Trust zum ersten Male versucht, auf einem bestimmten Gebiete die ganze Weltproduktion zu regeln und die preisbestimmenden wirtschaftlichen Gesetze aufzuheben. Die Landwirtschaft wird übrigens bald mobil machen, denn der Salpeter ist ein fast unentbehrliches wichtiges Düngemittel.

### Die deutsche Bürger bevorzugen werden!

Aus Dresden schreibt man der Berliner „Volkzeitung“: Ein Aufsehen erregender Zwischenfall trat bei der Beisetzung eines sehr bekannten Dresdener Sozialdemokraten, des früheren Gemeinderatsmitgliedes und Schulvorstandes Almens Samusch in Niebischitz zu. Samusch hatte kurz vor seinem Tode bestimmt, daß er ohne kirchliche Zeremonie beerdigt sein wolle; diesen Wunsch wurde seitens der Angehörigen Rechnung getragen, doch wünschte die Fängerabteilung des Arbeitertumvereins, am Grabe des toten Genossen ein oder zwei Lieder zu singen. Der Vorstand des Arbeitertumvereins nahm deshalb auf dem Platze mit dem Pfarrer Jentsch Rücksprache. Dieser aber erklärte: „Ich kann das Singen am Grabe weder verbieten noch gestatten.“ Durch Ortsscham aber ist bestimmt, daß alle Ehrungen des Verstorbenen in diesem Falle zu unterbleiben haben, weil das Begräbnis ein unkirchliches ist.“ Die Arbeiterfänger beschloßen nun, auf Grund dieser Auskunft des Geistlichen von einem Gesang am Grabe Abstand zu nehmen, dafür aber während der Beisetzung außerhalb des Friedhofes auf einer benachbarten Wiese einige Lieder zu singen. Zu dem Zweck hatten sie sich sofort die Erlaubnis des Besitzers der Wiese ein, die auch ohne weiteres erteilt wurde. Als nun in der Abenddämmerung auf dem Friedhofe der Sarg in die Gruft gesetzt wurde, erlöste von der Wiese her das Lied „Still ruhi dein Herz!“ Nunmehr schritt die Polizei ein (1) und unterlagte den Sängern das Weitergehen. Wir sind außer halb des Friedhofes und haben außerdem noch die Erlaubnis des Besitzers der Wiese, entgegenzusetzen die gefährlichen Sängern. Der Gendarm war aber mit dieser Antwort nicht zufrieden, verlangte vielmehr die Verzeihung des Erlaubnisgebers, den die Sänger sich nicht hatten ausbitten lassen, und verbot das Singen aufs neue. Er machte die Sänger gleichzeitig darauf aufmerksam, daß sie sich über seine Anordnungen bei seiner persönlichen Nachschärde beschweren könnten. Drei Strophen des Liedes waren gelungen, auf dem benachbarten Friedhofe hatte man inzwischen den Toten in die Gruft gesetzt, und um die Lebendigen am Grabe nicht durch eine Szene zu stören, fügten sich die Sänger dem Verbot der Polizei und gingen auseinander. Auf dem Friedhofe selbst aber patrouillierte ein

Polizist auf und ab und harrete so lange auf seinem Posten, bis die letzten Teilnehmer des Begräbnisses die Ruhestätte der Toten verlassen hatten. — Ein deutsches Kulturbild dem zwanzigsten Jahrhundert!

### Die Raube der Bänder.

Eine am Sonnabend in Essen stattgefundene Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Landwirte beschloß einstimmig, bei der bevorstehenden Reichstagswahl den antileiblichen Kandidaten zu unterstützen. Weil also die Nationalliberalen nicht an dem Bänder festhielten, soll ihnen ein kräftiger Durchfall bereitet werden.

### Streikdemonstrationen in den Reichsländern.

Sozialdemokratische Verein Wühlhausen hat die Vorstände der bürgerlichen Parteiorganisationen davon in Kenntnis gesetzt, daß er beabsichtige, demnächst Wahlrechtsversammlungen unter der Leitung von und daran anschließend Demonstrationen zu veranstalten. Von einer großen allgemeinen Volksbewegung erhofft Gewährleistung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zu Landesausschüsse und fordert die Wähler zur Mitwirkung und Gewinnung von Reden auf. Dem Vorgehen Wühlhausens werden sich auch die übrigen sozialdemokratischen Vereine im Lande anschließen.

### Ein Weisbuch über die Mannesmann-Affäre.

Die Regierung beabsichtigt, eine ausführliche Darstellung über die Affäre Mannesmann zu veröffentlichen, um die Angriffe der alldeutschen Presse zu widerlegen. Wie verlautet, wird das auswertige Amt dem Reichstag unmittelbar nach dessen Wiedereröffnung ein Weisbuch mit den diplomatischen Aktenstücken über die Mannesmann-Angelegenheit vorlegen.

Am Anstich hieran wird mitgeteilt, daß das Reichskolonialamt dem Reichstage eine Denkschrift über die Entwicklung und den Stand der Diamantenfrage in Südwestafrika zugehen lassen werde.

### Die Schlußfassung der Postkonferenz

wurde seitens der Reichspostverwaltung mit einer Darlegung der Gründe eingeleitet die für den Wegfall des Anknüpfungswels für gewöhnliche Briefe bestimmend gewesen sind. In der anschließenden Aussprache wurden von den Vertretern der einzelnen Interessentengruppen die bei Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft bestehenden Wünsche nach Wiedereinführung des Anknüpfungswels zur Geltung gebracht. Von einem Teile der Mitglieder wurde die Wiedereinführung allgemein gewünscht, von dem anderen nur in gewisse Bestimmungen. Einige Mitglieder sprachen sich dahin aus, sie hätten bei der vorhergegangenen Besichtigung der Betriebsrichtungen die Überzeugung gewonnen, daß durch den Fortfall des Stempel 10 bis 15 Minuten Zeit gewonnen würden, die für die Postverwaltung und alle, denen es in erster Linie auf beschleunigte Zustellung ankommt, wertvoll seien. Der Staatssekretär nahm alle Anregungen entgegen und laute ihre gewissenhafte Prüfung zu.

### Die Komreise des Kanzlers.

Herr v. Bethmann-Hollweg wird sich während der Ferien des Reichstages nach Rom begeben, um der italienischen Regierung seine Aufwartung zu machen. Wie diesem Besuch wird auch eine Zusammenkunft mit dem Kaiser in Mailand verbunden sein.

### Kolonialgerichtshof.

Das Kolonialamt hat einen Gesetzentwurf fertiggestellt, der die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes zum Gegenstand hat. Dieser neue Gerichtshof soll in dritter und letzter Instanz in kolonialen Rechtsachen entscheiden. Die Vorlage wird dem Reichstag Mitte Januar zugehen.

### Abgelehnt.

Der Spargelpflanzenbesitzer Bolger wird jetzt von der Führung des Bundes der Landwirte preisgegeben und hat seinen Austritt aus dem Bund erklärt. In einer Versammlung, in der der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Arning sprach, hatte Herr Bolger erklärt:

„Es ist nicht praktisch und auch nicht wünschenswert, daß der kleine Mann wirtschaftlich hochkomme.“

Warum mußte der Herr aber auch so oft an uns sprechen, was die Führer des Bundes der Landwirte denken?

### Ein Prozeß gegen einen Reichstagsabgeordneten

verfährt. Innerhalb kurzer Zeit sollte das Amtsgericht zu Dittelsdorf (Walden) jetzt erstmalig in Verhaftungssachen das Verfahren wegen Verjährung ein. Zuletzt am 29. Dezember 1909 in dem Prozeß des Buchdruckereibesetzers Juchens und seines Rechtsanwalts Frey in Offenburg, (Zentrumblatt, „Offenburger Zeitung“), ebenfalls gegen den Abgeordneten Ged als Beklagten (Wochenblatt „Draht Offenburger“). Die Anklage ist im Mai 1903 einmündlich, der Eröffnungsbeschluss des Amtsgerichts datiert vom 1. September 1906. Es wurden wiederholt Termine zur Hauptverhandlung anberaumt, die aber immer wieder abgelehnt werden mußten; schließlich deshalb, weil eine Verjährung geltend gemacht wurde. Die Feststellungen, welche der zuletzt amtierende Richter vorgenommen hat, führten zur Erkenntnis, daß im Zusammenhang mit dem Artikel 31 der Reichsverfassung eine Verjährung eingetreten und daß insbesondere der Eröffnungsbeschluss eine unzulässige richterliche Handlung war. Die Einstellung des Verfahrens erfolgte durch Beschluss, nicht durch ein Urteil. In der Begründung des amtsgerichtlichen Beschlusses hat der Großh. Amtsrichter Haunz der Frage der Verjährung der Strafverfolgung der Reichstagsabgeordneten ein umfangreiches Studium baltischer Typsetzer beigefügt, das ein weitgehendes Interesse beanspruchen darf.

## Ein Berrücker.

Am Anfang und Ende eines Lehrers.  
Von Josef Kneberer.

Als er aber aus dem Zimmer trat, in dem er sich mit den Toten getroffen hatte, als er sein kühnendes Kind begrüßte, da brachte sich alles gewaltig zurückgekehrt mit dem freudigen Begehren auf die Seite. Schicksal ging ein und aus, mit bangenden Notizen und aufgeschreckten Händen, von den umliegenden Ortschaften kamen Menschen herbei, die von Jahre lang nicht mehr gesehen hatte, und spät Abends in seiner Stube hörte der Förster die endlosen, monotonen Gebete, die von der Toten abgelesen wurden.  
Auch dann Anna aufgeföh und laut weinend zu ihm, so schloß er sie fest in seine Arme und drückte dem fröhlich danebenstehenden Lehrer die Rechte.  
Armer Teufel!  
Abgehört und milde war er daß in sein Haus gekommen, da der halb Bergschelte neuen Glauben zum Leben und in Annas erweichender Religion einen Halt zu weiteren Aufstehen fand. Unbestimmt um alles menschlichen hatte der Förster seine Zustimmung zur Verlobung erteilt, aber den wenigen nächsten Tagen folgten bald danach die Beförderung dieses aus, und der Lehrer, der möglichst Sparsamkeit die Seiten seines Berufes entgegen sich, wurde wieder unruhiger, seine Stellung zu dem Gelehrten, der dem Förster nicht gut gefand war, wurde immer schlechter, obwohl es immer noch zu hohen Entlohnungen, und wenn Gott auch für manche bittere Erfahrung reichliche Entschädigung im Fortleben fand, so warfen doch solche Ereignisse bittere Schatten in das glückliche Zusammenleben und in dem immer länger sich hinziehenden Brautstand. Jetzt sollte endlich das geheißte Ziel haben, eine neue Eingabe an die Regierung wurde freundlich beantwortet, man wollte die Anstellung von einer weiteren Beförderung abhängig machen, die man möglich erwartete.  
Ob's noch wird?  
Der Förster schloß und blickte auf den Weg hinab zwischen Dorfhaus und Wald. So lang! Und doch hatte ihn das gleiche Band eine Zeitlang gefesselt, als er dort am Morgen hinter dem Gange einherging, wobei der Lehrer nach einer längeren Weile das Älteste — mit — i — — — — — mit einem entsetzten Schreie rief.  
Ob's noch wird?

Sie er ihn da und gleich darauf vor der offenen Grube gelegen hatte, in der schon zwei Kinder Walters seit Jahren ruhten, da wollte er's jaß begraben.  
Arme Anna! Armer Teufel!  
Jerrücker, verfahren kam er ihm vor, vielleicht war's schon zu spät. In ihm und an sein Kind hatte er einzig denken müssen, als man den Sarg hinabließ und mit freudigem Getöse das Grab umringte.  
Schon, daß er dabei kaum die Tote vor sich sah! Was man da unter unheimlichen Zeremonien und fremden Schreien mit Schrecken und gäheltem Munde der Erde der Verweilung übergab, das war für ihn etwas Fremdes und gänzlich Ersterbendes. Das Bild seiner Frau stand so anders, nicht in der tiefen, schmerzlichen Erinnerung des Geistes, nicht in dem Gedanken einer verklärten Seligkeit und ewigen Wiederbelebung; es war im Fortleben, wobei er die feuchte Luft mit den frühlichen, klaren Augen eines als sein Weib geführt hatte, wo sie ihm die Kinder geboren hatte, wo ihr beglückendes Lachen das ganze Haus erfüllte, bis es allmählich unter den quälenden Leiden erlosch, während die Wände der Kranken ängstlich um Hilfe riefen und die abgemagerten Hände nach den Verlobten suchten, deren Zukunft ihre letzte Sorge war.  
Ende!  
Fast flehentlich kam es jetzt hallend von Walters Lippen. Er hob den Kopf und blickte hinaus in die strahlende Landschaft. Sein Dunkelsehen lag über das reine, tiefblaue Firmament. Die Sonne lag langsam herab zu den grünen Bergen und warf einen gewaltigen Feuerstrom zur Höhe hinauf. In tieferen Farben schimmerten die Steinmassen, alle Stufen der von ihnen gewichen, und tief in den Klüften und Rinnen der Felsen trat es manchmal von Lösegeldern, zur Tiefe hängenden Tränen geheimnisvoll in die wassertrübende Ruhe des Abends hinein.  
Die schwarze, braune Sonne lag der Hochwald zu Füßen des Försters gebettet; in kurzen Zügen zeigt er sich den Steinmassen der weitgehenden Bergseite entlang bis zu den letzten, jähigen Klüften, die als trübiger Übergang wie toter Schatten aus dem Glanz der Sonne emporkam.  
Das war Walters Revier, das war sein Feld! Wie er ihn jetzt in der ganzen Ausdehnung liegen sah, da dachte er daran, wie oft und mit wie beglücktem Gesäßen und Entzungen er ihn durchwandert, was er ihm schon alles anvertraut hatte. Man sah den Wald, der ihm fast göttlich anstand, und die Klüften, die sich als ein Band und Feld, das der Förster ins tief Jenseits hineintraf, wo größte Stille

oder gedämpftes Rauschen eine so gewaltige Sprache redeten: die Sprache der Natur und der Wahrheit.  
Sie war dem starken, verschlossenen Mann der bester Trost, sie war ihm unentbehrlich geworden, denn durch sie hatte er schon in jungen Jahren die Zweifelqualen einer kirchlich-janatischen Erziehung überwunden, sie hatte ihn beruhigt, wenn ihn die Menschheit mit allfälligen Erbarmlichkeiten ins Waldesdunkel hineintrieb, und sie war es auch gewesen, die ihn für die Heimkehr und für den Abend im Forsthaus wieder aufrechtete, wenn er sein krankes Weib jammern auf dem Schmerzenslager vorfand.  
In allen Tönen hatte er sie vernommen, diese Sprache, im zartesten Frühling, wenn von der gebärdenden Erde, der warmen Luft erweichenden Lebens ausging und der schmelzende Schnee dampfend vom Boden stieg, im Gewittersturm, wenn blaue Wölfe auf den Höhen kammten und die Räume schwebend ihre Wipfel bogen, in kühlen Herbsttagen, wenn goldunranderte Nebelstreifen über den dunklen Lannen dahinflogen, oder auch im Winter, wenn der festgefrorene Schnee bis zu den Wäldern der Stämme emporeichte und die dünnen Nebeln auf die glitzernde Fläche wie seiner Frühregen herunterregneten.  
Auch jetzt glaubte er sie wieder zu hören, wo er den Wald in der andröhenden Dämmerung wie einen auf und nieder gehenden Schatten zwischen die Berge gezwängt sah. Der Friede des schneidenden Tages überkam ihn und die Gewißheit, daß der feurige, rote Klumpen, der jetzt immer tiefer hinabkam, morgen wieder als sitzendes Licht im Osten emporkommen werde, daß sein Kind vor ihm aufstehen, als den Jungen, verheißungsvollen Tag, der dem abgestorbenen folgen muß.  
Anna stand vor ihm, wie er sie vor einigen Stunden im Forsthaus verlassen hatte. Mit sanften Griffen zog er des Klüfters Hand, die jetzt so oft das feuchte Tuch vor das liebe Gesicht hielt, herunter. Und da war es ihm, als sähe ihn sein Kind an mit so ernsthaften, frommen Augen, wie an jenem kühlen Morgen, wo es, von der Mutter geleitet, zwischen den zartgrünen Birken zum Kirchlein hinüberging, eine maitige Wachstere mit großer Aftaschleife und ein rotamantenes Gebetbuch in der Hand. Die aufgeschoben, dunkelblonden Haare fielen über das weiße Knieleichen herab, und die Wangen waren leicht gerötet. So war sie zur ersten Kommunikation gegangen. Und wie sie an jenem Tage einberührt, ein Bild ruhender Unschuld, so erlauchte sie auch, mit tiefer Geduld an den, den sie damals zum erstenmal empfangen sollte.  
Niemand fragte sie, warum ihr Vater keine Kirche besuchte, aber um so eifriger suchte sie für ihn.  
(Fortsetzung folgt.)



Die Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung wird in ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag die Wahl des neuen Stadtschulrats vornehmen...

Geheimnisvoller Selbstmord eines Schuhmannes

In der Umgebung der Schieferwerfstraße waren heute früh Gerüchte über seltsame Vorkommnisse im Hause Nr. 37 verbreitet. In einem Zimmer der 2. Etage war ein Mann tot aufgefunden worden...

Wie uns an Ort und Stelle mitgeteilt worden ist, handelt es sich, so haben spätere genauere Untersuchungen ergeben, um keinen Mord, sondern um folgendes: Im zweiten Stock des Hauses Nr. 37 wohnte eine Arbeiterin...

Don einer Seite, die es wissen muß, erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Es handelt sich um den Schuhmann A. K. aus der Rosenthalstraße 18. Er stand seit längerer Zeit unter dem Verdachte, daß er die Frau K. dadurch schuldig gemacht zu haben...

Die Polizei ist seit einiger Zeit von einem mehr wie seltsamen Missetat betroffen: Quers der geheimnisvolle Tod des Schuhmannes A. K., dann der noch merkwürdigere plötzliche Tod des Polizeikommissars J. H. J. über den das letzte Wort noch nicht gesprochen worden ist...

Die Zentrumsparade im August vorigen Jahres hat mit einem argen Defizit abgeschlossen. Wie jetzt in der 'Schl. Volksztg.' mitgeteilt wird, werden die Garantiefondszeichner mit 15 Prozent der gezeichneten Summen zum Zahlen herangezogen.

Der Breslauer Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1910/11 wird in der Zeit von Donnerstag, den 18., bis Freitag, den 21. Januar, in dem zu ebener Erde des Rathauses gelegenen Generalbureau des Magistrats zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt.

Der Stadtverordnete Schimmelmann, der seit 29 Jahren der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung angehört, ist 63 Jahre alt, Sonnabend gestorben. Der Sch. war Redaktionsdirektor der Schlesischen Dampftrampelpagnie und Mitbegründer des Breslauer Schiffahrtsvereins.

Polzarbeiter-Verband. Achtung, Erlendbrüder! Mittwoch, den 12. Januar, Abends 8 Uhr, findet in Fischers Restaurant, Herrenstraße 19, eine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: 'Der Kampf in der Holzindustrie.' Referent R. Seibold. Der Stand unserer gegenwärtigen Bewegung und Neuwerb des Sektionsleiters.

Feuerwehralarm im Stadt-Theater. Etwa eine Stunde vor Beginn der 'Fallstaff'-Vorstellung im Stadt-Theater am Sonnabend gab es eine Störung der elektrischen Bühnenleitung. Fortwährend schüllten die Klingeln, man glaubte, Brandgefahr wahrzunehmen, und eines Teils der berrisch in den Garderoben sich schleichenden Mitglieder, besonders der Längerinnen, bemächtigte sich eine Panik, sobald sie halb bekleidet auf die Straßen rannten. Die rasch herbeieilende Feuerwehr besorgte die Erschrockenen und befestigte die unbedeutende Störung. Kurz vor Anfang der mit einiger Verspätung eintreffenden Vorstellung konnte die Feuerwehr wieder abziehen.

Im Umgebungskanal erkrankt hat sich am 6. d. Wts. in der Nähe der Eisenbahnbrücke der 18 Jahre alte Arbeiter Karl Stöck, der bei seiner Eltern, Rosenthalstraße 5, wohnt. Am 6. d. Wts. war der junge Mann aus der elterlichen Wohnung fortgegangen und nicht wiedergekommen; am 6. d. Wts. Morgens fand man an der genannten Brücke seine gesamten Kleider vor. Die Leiche ist bisher noch nicht geborgen.

Straßenbahnunglück. Am Montag Morgen ereignete sich auf der Höfchenstraße ein schweres Unglück dadurch, daß ein Wagen der städtischen Straßenbahn den 14 Jahre alten Schüler Fritz Vermaun, Wallstraße 22 bei der Mutter wohnhaft, überfuhr. Der Knabe geriet unter die Schutzbreiter und wurde so schwer verletzt, daß er nach der Unfallstation geschafft werden mußte, wo man jetzt Armbrüche feststellte.

Eine lustige Witwe. Die Vermutung der Kriminalpolizei, daß der kürzlich auf der Rosenthalstraße ausgeführte Mordbestrafte, wobei die Sachen mit einem offenen Möbelwagen abgeholt worden waren, von einer Person betriebsfähig worden ist, die sich als Inhaber der Wohnung und Besitzer der Gegenstände ausgegeben hat, hat sich bestätigt. Auf die Bekanntgabe in den hiesigen Zeitungen meldete sich sofort eine Möbelhändlerin, der durch eine junge Frau die Sachen in der erwähnten Weise verkauft worden waren. Sie hatte dabei angegeben, sie sei aus Berlin hierher gezogen, es gefalle ihr aber nicht, deshalb wolle sie wieder fort und beabsichtige ihre Sachen zu verkaufen. Die Möbelhändlerin zahlte ihr sofort 75 Mark und nach Abholung der Sachen noch 5 Mark. Interessant ist, wie die Diebin bei ihrem Geschäft zu Werke ging. Sie verkehrte als 'lustige Witwe' viel in hiesigen größeren Bierlokalen und lernte dabei eine Kaufmannsrau kennen, die auf der Rosenthalstraße im Vorderhause zu ebener Erde ihr Hof allein wohnt, während ihre Mutter im Hinterhause eine Wohnung hat. Die Witwe besuchte nun öfters ihre neue Bekanntschaft, und eines Tages entwandte sie dieser ihr ganzes Geld. Einige Tage darauf lud sie die Kaufmannsrau zu einem Ausgange ein. Als beide bei einer Bekanntschaft, die sie zu ihrer Mutter gehen

Reichstagskandidat wider Willen. Ein Reichstagskandidat der von seiner eigenen Kandidatur nichts wissen will, ist zweifellos eine Zeltentzwei. Ein solcher Kandidat ist der von den Ehrlich-Sozialen und dem Bund der Landwirte im Wahlkreis Württemberg-Biberach für die aufgestellte Barrer Soehmann, der erklärt, daß er sich an der Kandidatur nicht beteiligen werde. Diese Kandidatur ist nur deshalb aufgestellt worden, um zu verhindern, daß der Nationalliberale mit dem Zentrum in die Stichwahl kommt. Man will, daß sich der sozialdemokratische Kandidat mit dem Zentrum in der engeren Wahl zu messen hat und rechnet dann auf das Zusammengehen aller nationalen Parteien.

Protest gegen die französischen Zollserhebungen. Am 31. März will Frankreich eine erhebliche Zollserhebung auf Spielwaren in Kraft treten lassen. Damit würde die deutsche Spielwaren-Industrie unabweisbar geschädigt. Die Handelskammern in Sonneberg, Gotha, Hildburghausen und Coburg haben das Reichsamt des Innern um Vermittelung angerufen.

Angewähltes Komplott gegen Kaiser Wilhelm. Russische Blätter verbreiten wieder eine Schandensache. Danach soll ein anarchistischer Anschlag auf den Deutschen Kaiser im Jahre 1907 geplant gewesen sein. Ein russisches Blatt veröffentlichte Auszüge aus einem für die Beamten des russischen Ministeriums des Innern bestimmten amtlichen Bericht über die Entwürfe des Anarchismus in Russland. Darin wird erzählt: Anfang 1907 bildete sich in Warschau ein Geheimbund mit dem Ziele der Ermordung des Deutschen Kaisers. In Charlottenburg siedelten sich zu diesem Zwecke 4 Anarchisten an, denen der deutsche Anarchist Senna von (August Vaterlos) Bestand lieferte. In Warschau wurde beschloffen, daß auch Leibel von Bialistok, der 'Verdächtige', und 'Meiste von Bialistok', nach Charlottenburg reisen sollten. Unterwegs wurde Meiste getötet und Leibel verhaftet. Die Mitglieder des Geheimbundes zogen nun ganz ins Ausland.

Das ganze ist eine der üblichen Räubergeschichten, die der betrieblame Senna von (Umschmama von Johannes) alle halbe Jahre verbreitet, um sich wichtig zu machen.

Ausland

Die demokratische Gesinnung des neuen König Alberts von Belgien wird immer aus neue behauptet. Jetzt ist es sich, wie der 'Belgier' berichtet, in nächster Zeit dadurch bezeugen, daß der neue König eine ganze Reihe von bisher unbeschäftigten sozialdemokratischen Bürgermeistern bestatigen wird. Bisher hat die belgische Regierung sozialistische Bürgermeister grundsätzlich nicht bestatigt, obgleich es, besonders in Hennegau, zahlreiche Gemeinden gibt, deren Vertretung überwiegend sozialistisch ist. Die Folge dieses Verhaltens der Regierung war die Erscheinung, daß derartige Gemeinden seit Jahren von den ersten Schöpfen, nämlich auch Sozialisten, als Vertretern der unbeschäftigten Bürgermeister verwaltet wurden. Die belgische Regierung vergrößerte so im Grunde die gefürchtete Gefahr, denn ein Bürgermeister kann von ihr im Notfall jederzeit abgesetzt werden, während die Absetzung der Schöpfen unmöglich ist.

Aus dem englischen Wahlkampf. Mac Kenna hielt in derfort eine Wahlrede, desgleichen Curdill in Leven; beide Redner erinnerten ihre Wähler daran, daß die Hauptfragen augenblicklich weder die des Zolltarifs, noch die des Kriegsmaterials seien. Es handele sich jetzt darum, zu wissen, ob das Oberhaupt die Macht weiterbehalten wird, die sie sich angeeignet habe. Der Schachspieler hielt in Plymouth eine Rede, worin er sagte, daß die Regierung die Absicht habe, eine ungeheure Summe zum Zwecke der Landesverteidigung zu fordern; sie habe bereits 75 Millionen Pfund Sterling für die Marine verlannt und das nächstjährige Budget will die Summe auf 100 Millionen erhöhen. Der Schachspieler erklärte weiter, der Protektionismus sei ein gefährliches Giftmittel. Auch die Frauen nehmen großen Anteil an den Wahlkämpfen. Außer den Frauenrechtlerinnen, welche für ihre bezüglichen Forderungen kämpfen, treten tausend anderer Frauen für die liberalen und konservativen Kandidaten ein. Die Gattinnen der Kandidaten gehen von Haus zu Haus, um Stimmen zu sammeln. Die Frauenrechtlerinnen richten ihre Angriffe ganz besonders gegen die Mitglieder des Kabinetts. Der Ausgang der Wahlen in der City ist nach wie vor für die Konservativen besonders aussichtslos. Die konservativen Blätter veröffentlichten zahlreiche Namen von Liberalen, welche zum Protektionismus übergegangen sind. Die Männern der Stadt sind mit Wahlaufsätzen vollständig bedeckt. Die meisten dieser Aufsätze tragen merkwürdige Figuren und Karikaturen. In den Straßen der Hauptstadt wird eine Flugchrift des 'Blades' verteilt mit der Aufschrift 'Deutschland und England'. Ueberhaupt spielt der Name Deutschland in diesem Wahlkampf eine große Rolle, eine Tatsache, die in den bisherigen Wahlkämpfen nie beobachtet worden ist.

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Englands hat in ihrer letzten Sitzung in energischer Weise gegen die bekannten Artikel Blatchfords Stellung genommen und ihre Ansicht in folgender Resolution zusammengefaßt: 'Das Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Partei lehnt jede Gemeinschaft mit den Artikeln des Herrn Robert Blatchford ab, die dieser über England und Deutschland in der 'Daily Mail' veröffentlicht hat, insbesondere mit Rücksicht auf den darin zum Ausdruck gebrachten imperialistischen Standpunkt und die Zeit ihrer Veröffentlichung. Es spricht ferner sein Bedauern aus, daß ein Sozialist derartige Artikel in einem der hervorragendsten Organe der kapitalistischen Presse von England veröffentlichen konnte. Das Komitee ergreift die Gelegenheit, um aus neue den deutschen Genossen und durch sie dem deutschen Volke die Gefühle der Kameradschaft und Freundschaft zu übermitteln, sowie den Wunsch, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um die britische und deutsche Regierung zu zwingen, eine Politik der gegenseitigen Verständigung und der Herstellung guten und freundschaftlichen Einverständnisses einzuschlagen.'

Russische Gefängnisgrenze. Aus Irkutsk wird unter dem 31. Dezember folgendes telegraphiert: Im Zentralgefängnis in Alyantrowsk finden unter den politischen Rotzorgesangenen, deren Zahl 600 übersteigt, Wassererkaltungen an Lungen- und Nierenkrankheiten. In den unersäglich überfüllten Zellen müssen die Gefangenen auf Tischen, auf dem Fußboden und selbst unter den Bettdecken schlafen. Die Ueberreste von Nahrung und die Gefangenen sind gezwungen zu hungern.

Das neue ungarische Kabinett dürfte sich nicht lange halten, da man ihm bei allen Parteien mit Misstrauen begegnet. Justizminister in einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten v. Tisza über dessen Frage, ob seine Partei ein zweimonatliches Budgetdefizit bewilligen werde, daß die Partei das Provisorium nur einer Regierung vorkommen könne, deren Programm ihr bekannt sei und zu der sie Vertrauen hege.

Neutralisierung der mandchurischen Eisenbahnen. Die 'Associated Press' meldet, daß Amerika den Mächten ein Memorandum unterbreitet habe, in welchem die Neutralisierung der mandchurischen Eisenbahn durch ihren Verkauf an China vorgeschlagen werde. Dies sei von den Mächten finanziell zu unterstützen, welche eine Oberaufsicht über den Bahnbetrieb auf rein geschäftlicher und unpolitischer Grundlage ausüben hätten. Der Vorschlag ist nicht sowohl der japanischen als auch den russischen Absicht der Eisenbahn-Charbin-Dalny ein. Es wird dabei betont, daß durch ein solches Abkommen eine ständige Quelle von Reibungen beseitigt und das Transitverhältnis bei der Expedition der Bahn für den Transport von Truppen und Kriegsmannschaften sichergestellt werden würde.

Worte, begreiflich die Witwe sie hätte. Bald erkannte sie sich, um Wein und Bier zu holen. Diese Gelegenheit benutzte sie, um die Möbelhändlerin in die Wohnung der Kaufmannsrau zu führen und an sie die Möbel und Betten auszuliefern. Von der Dreifachheit und Selbstgegenwart der Witwe zeugt es überdeutlich, daß sie, als während der Ankunft der Möbelhändlerin die Kaufmannsrau ankam, sie diese mit der Mitteilung zum Fortgehen zu veranlassen wollte, ihre eigene Mutter komme sie haben. Sie wolle sich daher lieber nicht sehen lassen. Nach der Befreiung, welche die Möbelhändlerin von der Verhaftung der Möbel gab, mußte die Kriminalpolizei sofort, wer diese sein mußte, denn die 'lustige Witwe' ist auf dem Polizeipräsidium wohlbekannt.

Neueste Nachrichten.

Der neue preussische Stat. Berlin, 10. Januar. (S. L. B.) Wie die 'Morgenpost' aus besser Quelle erfährt, wird der neue preussische Stat ein ablehndes Gesicht zeigen. Er weist trotz aller Anstrengungen, die gemacht wurden, ihn zum Verlangen zu bringen, ein Defizit von nicht weniger als 98 Millionen Mark auf.

Die liberale Fusion. Berlin, 10. Januar. (S. L. B.) Im Reichstage war gestern Mittag die Delegiertenversammlung der Preussischen Vereinigung zusammengetreten, um zur liberalen Fusion und dem vom Bierz-Anschluß entstehenden Einigungsprogramm Stellung zu nehmen. Die Versammlung erklärt sich mit der Fusion einverstanden. Es wurde jedoch beschlossen, einige Reserverungen an verschiedenen Stellen des Einigungsprogramms vorzunehmen.

Choleraverdacht. Berlin, 10. Januar. (S. L. B.) Unter Choleraverdacht wurde gestern Nachmittag der 25 Jahre alte Krift Erich Rosenhol aus Petersburg in das Rudolf Virchow-Krankenhaus eingeliefert. Ob es sich wirklich um Cholera handelt, muß die Untersuchung ergeben.

Grubenunglück in Rärnten. Wien, 8. Januar. Nach einer an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten gerichteten Mitteilung der Verwaltung des staatlichen Erzbergbaues in Ratzl (Rärnten) ist heute Mittag das dortige, zum staatlichen Bergbau gehörige Spital infolge des Bruches eines Verhaues in dem Gräflich Fendel'schen Grubenfelde unter Tag versunken und eingestürzt. Hierbei sollen nach den bisher vorliegenden Nachrichten sieben Personen tödlich verunglückt sein.

Erdbersch in Italien. Paris, 10. Januar. (S. L. B.) 'Journal' meldet aus Rom: Aus Skopolo, Provinz Parma, wird berichtet, daß durch einen unterirdischen Riß ein Erdbeben verursacht wurde, durch den ein ganzes Dorf bedroht wird. Die Häuser weisen Risse auf und drohen einzustürzen. Die Aufregung unter der Bevölkerung ist unbeschreiblich. Die in Bewegung geratene Erdmasse hat eine Länge von zwei Kilometer und eine Breite von 8 Meter; sie umfaßt etwa 38 Millionen Kubikmeter Erde.

Die mandchurische Bahn. London, 10. Januar. (S. L. B.) Die Antwort der englischen Regierung auf den Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Knox in Sachen der Neutralisierung der mandchurischen Bahn lautet dahin, daß die Zustimmung der Regierungen von Petersburg und Tokio eingeholen sei. Die Verhandlungen mit den beiden Regierungen müßten daher eingeleitet werden.

London, 10. Januar. (S. L. B.) 'Times' meldet aus New York: Die amerikanische Regierung erwartet in den nächsten Tagen die Antwort auf den Vorschlag wegen der mandchurischen Bahn. Die Presse nimmt den Vorschlag Knox sehr günstig auf. Die Gruppe der New Yorker Bankiers, welche die Verhandlungen untersteht, soll bereits erklärt haben, die notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen.

Berlin, 10. Januar. (S. L. B.) Vom Dienstaufwobl des Polizeipräsidenten überfahren wurde gestern der 69 jährige Postkammer Räder. Nach Bericht von Augenzeugen trifft den Chauffeur keine Schuld. Räder war sofort tot.

Berlin, 10. Januar. (S. L. B.) Kurz vor 6 Uhr stieß gestern der nach Hamburg abgehende Zug vor der Bahnhofshalle mit einem ausfahrenden Zug zusammen. Zwei Passagiere erlitten Verletzungen.

Wien, 10. Januar. (S. L. B.) Die Besuche Bucacs, ein Kabinell zu bilden, gelten als vollständig gescheitert. Er wird heute vom Kaiser in Audienz empfangen.

Paris, 10. Januar. (S. L. B.) 'New York Herald' meldet aus Madrid: Der Schriftsteller Gajador wurde auf offener Straße von Parteigängern überfallen und demütig mißhandelt, daß er betäubungslös liegen blieb.

Paris, 10. Januar. (S. L. B.) 'New York Herald' meldet aus London: Das neue System der sogenannten Telephonbriefe wurde gestern zum ersten Male in Anwendung gebracht und funktioniert zur Freude des Publikums sehr gut.

Madrid, 10. Januar. (S. L. B.) Der Waffenschmuggel an der Grenze von Katalonien nimmt immer größeren Umfang an. Strenge Untersuchung ist angeordnet worden.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Montag, den 10. Januar. Abends 7 Uhr Mitglieder-Versammlung. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Väteranfrage von 7-9 Uhr im Zimmer 7.

Dienstag, den 11. Januar. Nachdrucker. Abends 8 Uhr Versammlung im großen Saal der Französischen Unterrieh. Abends Punkt 8 Uhr. Zimmer 8. Sozialdemokratischer Verein Dresden. Der nächste Ballabend des Sozialdemokratischen Vereins Dresden am Montag, den 10. Januar.

Distrikt 4 (Mittelsort). Unser Ballabend wird diesmal Berliner Chaussee 33 (für die Bezirke 1-4 und 7-10) und Marktstraße 92/98 (für die Bezirke 5, 6 und 11) abgehalten. Die Herren und Genossinnen werden ersucht, pünktlich und vollständig zur Stelle zu sein.

Distrikt 8 (Oberort). Montag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, findet der Ballabend statt, in welchem die Neuwahl des Distriktsführers stattfindet.

Distrikt 9 (Oberort). Der nächste Ballabend findet Montag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, im Distrikts-Lokal Rautschstraße Nr. 149, bei Treber's Rath. Wichtige Tagesordnung. Wahl des Distriktsführers und der Beisitzer. Mitwirkende werden diesen Monat eingeladen.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor, Mittelort). Der Ballabend am Montag wird im neuen Saal, Eberstraße 58, abgehalten. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. Anspaltung der Abonnementsblätter.

Verantwortlicher Redakteur: Max Goldmann. Druck und Verlagsanstalt: 'Der Tag' in Dresden. Preis: 10 Pfennig. (Einschluß in Postamt.)







## Preßstimmen zum Preußentage.

**Radikale Billigung und Verteilung findet der Verfall des Preußentages zur Wahlrechtsfrage und der Verfall auf jede Debatte im Berliner „Vorwärts“.** Sein diesbezüglicher Artikel ist mit der Spitzmarke „Nicht reden, handeln!“ überschrieben und steht ganz unter diesem Leitmotiv. Er beginnt mit den Worten:

Nicht reden, handeln! Unter dieser Devise hat am Dienstag Nachmittag der preussische Parteitag die Wahlrechtsfrage behandelt. Eindrucksvoller konnte der feste Wille des preussischen Proletariats, das gleiche Wahlrecht zu erkämpfen, nicht zum Ausdruck kommen, als in dem Verzicht auf jede Debatte. Der Wortschatz bedarf es nicht mehr, die preussische Sozialdemokratie weiß, daß es zu kämpfen gilt, und sie ist entschlossen, alle ihre Kräfte in diesem Kampfe einzusetzen. Die Situation ist so klar, daß über die taktischen Richtlinien kein Zweifel, kein Streit sein kann. Die Mittel, die Waffen sind gegeben. Darüber braucht es keine Erörterung, denn darin ist die Partei einig, daß sie auf keinen der möglichen Mittel verzichtet, daß sie jedes anwenden wird, das in den einzelnen Phasen des Kampfes zweckmäßig und erfolgversprechend erscheint. Einzig ist die Partei in dem Bewußtsein, daß der hinter uns liegende Wahlrechtskampf nur das Vorspiel der entscheidenden Schlachten sein darf, daß die Stärke der Kräfte wachsen muß, wenn dem preussischen Dreiklassenwahlrecht die Parität einer Wahlreform vorgelegt wird: Eine Debatte hätte nichts weiter als diese Einheit erweisen können — der Parteitag wählte das Richtige, als er vorzog, die wichtigsten und geschlossener durch den Verzicht zu behaupten, der sich unmittelbar an den Referat anschloß.

Die Beschlüsse des „Vorwärts“ schließen mit folgender Betrachtung:

„Eben das Bewußtsein, daß es in dieser Sache nichts mehr zu raten und zu beraten gibt, sondern nur zu beschließen, erklärt dieses Fehlen des äußerlichen, schmächtlichen Behaltens. Der Beschluß und die Art, wie er gefaßt wurde, ist hier der Niederschlag der Stimmung, die das Parlament des preussischen Proletariats erfüllt, der Dolmetsch auch der Stimmung, die in den Massen der arbeitenden Arbeiterklasse lebt.“

So hat der Parteitag die Sturmflut aufgepflanzt! Wortanklagen sind dabei nicht geübt worden, aber der erste Bild entschlossener Männer und Frauen hat sie geatmet! Die Sturmflut hat geklärt. Und alle proletarischen Preußen soll sie mahnen!

Nicht reden, handeln!“

Nicht ganz so überzeugt von der Ueberflüssigkeit jeder Debatte zeigt sich die „Märkische Volksstimme“:

„Es ist bedauerlich, daß es nicht zu einer ausgiebigen Diskussion in der Wahlrechtsfrage und über das Abtreibungsreferat gekommen ist. Für die Presse und die weitere Öffentlichkeit wäre es von Interesse gewesen zu hören, wie die Delegierten aus den verschiedenen Gegenden Preußens über die Fortführung des Wahlrechtskampfes denken. Zieht man die Debatte über das Kommunalwahlprogramm ab, so müßte die Behandlung der übrigen Tagesordnungspunkte etwas mächtiger und geschäftsmäßiger an. Man hätte von Anfang an die Tagesordnung nicht mit dem Kommunalprogramm entworfen, sondern die dreitägige Tagung nur zur Erörterung der politischen und parlamentarischen Situation in Preußen verwenden sollen. So sind die wichtigsten Dinge zu kurz gekommen. Insofern: der Parteitag hat gesprochen und beschlossen und an den Genossen liegt es nun, seinen Forderungen durch die Tat gebührenden Nachdruck zu verschaffen.“

Dann folgt hier eine praktische Aufforderung:

„Der Vorstoß der Sozialdemokratie in der Wahlrechtsfrage wird wieder von neuem einzusetzen müssen und wir halten dafür, daß in solchen selbstverständlichen politischen Aktionen nicht erst eine Meinung von oben abzuwarten ist, sondern daß die einzelnen Orts- oder Bezirkskomitees selbständig vorgehen sollen, wie es zum Beispiel Frankfurt am Main kürzlich getan hat. Die Kraft des Vorstoßes wird auch von den Schritten beeinflusst werden, die seitens der preussischen Regierung in der Wahlrechtsfrage getan werden. Wie man hört, ist im Regierungskabinett etwas im Gange. Der künftige Weg wird jedenfalls ein Wankeln gebären. Sofort nach dem Zusammenritt des Landtages muß die Wahlrechtsbewegung wieder im Lande einleiten. An den Wahlkreisleitungen ist es nun, eigene Initiativen zu entwickeln, Verjamm-

lungen zu arrangieren, Demonstrationen darzubereiten, Flugblätter und vor allem die sozialdemokratische Presse zu verbreiten, die in dieser hochpolitischen Zeit, in der Reichstag und Landtag zusammenzutreten, in keinem Arbeiters Hause fehlen sollte.“

Einige Ausstellungen an dem Referat des Genossen Ströbel, die aber in anderer Richtung liegen als die der „Volkswacht“, macht die „Frankfurter Volksstimme“:

„Vor dem Referat sprachen die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten einer Reihe außerpreussischer Bundesstaaten. Sie brachten die ermunternden Kampfesgrüße der Arbeiterklassen aus Mittel- und Süddeutschland, die sich hinter die preussischen Wahlrechtskämpfer in dem Bewußtsein stellen, daß es sich dabei direkt mit um ihre Klassen- und Lebensinteressen handelt. So war die wirkungsvollere Form für eine Solidaritätserklärung gefunden, die man feinerer im bayerischen Abgeordnetenhaus seitens der herrschenden Parteien verbündet hatte. Das nachfolgende Referat Ströbels hätte sich vielleicht ausschließlicher und noch schärfer gegen die in Preußen mächtigsten Parteien und weniger oder gar nicht gegen Parteigenossen wenden können, die in weniger wichtigen Punkten verkehrte Ansichten über unsere Kampftaktik haben und sich auf dem Preußentage nicht verteidigen konnten. Nicht bringen konnte das Referat dagegen neue Vorschläge für den Wahlrechtskampf, und die Enttäuschung mancher Genossen darüber ist grundlos. Erstens werden wir unseren Gegnern nicht auf die Nase binden, wie wir weiter zu kämpfen gedenken. Und zweitens hängen die weiteren Mittel, die wir ergreifen werden, so sehr ab von der Entscheidung der Dinge, die wir noch nicht kennen und die zunächst durch den Inhalt der bevorstehenden Reformvorlage der preussischen Regierung bestimmt wird, daß Genosse Ströbel gar kein politisches Gefühl besitzen möchte, wenn er sich auf besondere Vorschläge festgelegt hätte. Das sagt er ganz richtig, daß es auf die Stärke ankommt, die das wertvolle Volk im Lande unserer Organisationen gibt, wenn zu entscheiden ist, was weiter geschehen kann. Und in derselben Richtung gingen wohl die Warnungen des Genossen Singer im Schlußwort zu den dreitägigen Verhandlungen, in dem von „verhängnisvollen Mutationen in den Kreisen unserer Genossen über die Macht unserer Gegner“ die Rede ist. Wenn wir recht sehen, ist es das erste Mal gewesen, daß einer unserer Führer in Preußen öffentlich auf einem Parteitage vor der Unterschätzung der uns entgegenstehenden Klassenmächte gewarnt hat. Aber die Warnung ist berechtigt. Sie richtet sich eben sehr gegen eine Taktik, die glaubt, mit Demonstrationen allein Fortschritte im Wahlrechtskampfe erzielen zu können, wie gegen diejenige, welche ausschließlicher von der Entscheidung und Verschärfung der Klassengegensätze auch die Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage erwartet. Die Arbeiter sollen wissen, welche Schritte noch zu wagen sind, damit sie ihre Kräfte auf die großen Aufgaben sammeln lernen. Dazu hat der dritte Preußentag wirkungsvoll angefeuert und darauf hat er angelehnt der Schlußvorlage, die von der Junterregierung in Preußen zur „Wahlreform“ kommen wird, die Milde und die Energie der deutschen Arbeiterklasse gerichtet. Mehr konnte er nicht tun.“

In der ähnlichen Richtung bewegt sich die Besprechung der „Frankfurter Tagespost“, wenn sie schreibt:

„Der Referent wies mit Recht auf die gewaltige Erneuerungskraft hin, die die Demokratisierung Preußens auch für die bürgerlichen Parteien haben würde. Auch der Hinweis auf Dörfers Reich zeigte ja das Verständnis des Referenten für die allgemeine Bedeutung dieser Aufgabe, auch jenseits des Klassenkampfes in seinem engeren Begriff. Ob die Demonstration durch die parteigegenständliche Polemik gewonnen, könnte bezweifelt werden. Besonders scheint es nicht gerecht, gerade in der preussischen Frage gegen den Genossen Eduard Bernstein aufzutreten. Auch wir meinen, daß Bernstein in der Einschätzung der bürgerlichen Parteien gelegentlich in Illusionen verfällt. Aber wir können nicht bezweifeln, daß Eduard Bernstein schon zu einer Zeit auf die Bedeutung der preussischen Frage hinwies, da die deutsche Sozialdemokratie an ihr gleichgültig vorüberging oder in ihrer Behandlung gar die Gefahr der Verflüchtigung fürchtete. Es ist das geschichtliche Verdienst, Eduard Bernsteins, als Erster die Wahlrechtsfrage gefordert zu haben, und es liegt eine gewisse Tragik darin, daß derselbe Mann, der einst gegen den Widerstand der ganzen Partei diese Forderung stellte, jetzt nach dem endgültigen Siege seines Gedankens, von denen als eine abgetane Persönlichkeit zur Seite geschoben wird, die damals noch nichts von

Preußen wußten und die erst jetzt nach dem Siege der einst bekämpften feindlichen Anregung die Partei für den Kampf gewonnen sind. Aber es ist ja das Schicksal der aufstrebenden Arbeiter, nicht zu erraten, was sie gefaßt haben. Der Parteitag bewies einen feinen Takt, daß er die gemeinsame große Sache des Wahlrechtskampfes nicht durch polemische Erörterungen abschwächen wollte. Deshalb verzichtete er auf jede Diskussion. In Wahrheit: Wir brauchen keine taktischen Diskussionen mehr, keine parteigegenständlichen Reibungen, sondern Tat.“

Ähnlich die „Dresdener Volkszeitung“:

„Die Gerechtigkeit gebietet, der bahnbrechenden Bemühungen von Genossen wie Leo Brons und Eduard Bernstein auf diesem Gebiete sich zu erinnern; ihnen folgend ist die Partei immer ernsthafter in die entscheidende Bedeutsamkeit der preussischen Frage eingedrungen, ist sie immer aktiver in der preussischen Politik vorgegangen. Die erstmalige allgemeine Wahlbeteiligung der Arbeiterklasse Preußens im Jahre 1908, die Einführung der besonderen preussischen Parteitage, das Aufgebot von mehr als 600.000 Wählern und die Eroberung von sieben Mandaten bei der Wahl von 1908 — das sind die hervorragendsten Momente der bisherigen Preußenpolitik unserer Partei. Der jetzt abgehaltene Parteitag schließt sich dieser Reihefolge der Ereignisse bedeutungsvoll an.“

Dieser Parteitag zeigt von neuem die Vertreterschaft der Arbeiter bereit und entschlossen, den großen Kampf um das Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus mit allem Nachdruck fortzuführen. Die Regierungsvorlage liegt in naher Zukunft bald merkwürdige Entscheidungen fällen. Alle Parteien müssen sich mit dieser Frage befassen, die halbschrittlichsten Junker wie die radikalsten Liberalen wie die unabweislichsten Liberalen werden Farbe bekennen müssen. In dieser Situation ist wieder die Sozialdemokratie als Kuckuck im Streit auf den Plan getreten, die Sozialdemokratie als die einzige politische Partei, die ohne jede Umschweife für das ganze, volle, gleiche Recht aller Staatsbürger kämpft.“

Es ist für den Fernersehenden, der nur die Berichte vor sich hat, allerdings der Eindruck entstanden, als ob gewisse Unklarheiten in der Berliner Wahlrechtsdebatte vorhanden waren. Einerseits hatte der Referent zu dieser Frage recht ausführliche Erörterungen über die Taktik im Parlament, aber das Verhalten zu den anderen Parteien, von denen die Gestaltung der Wahlreform mitabhängig ist, angeht. Andererseits lagen mehrere Anträge aus der Mitte der Parteigenossen des Landes, aus Frankfurt a. M., aus Breslau usw. vor, die eine noch energiegeladere und gesteigerte Führung des Wahlkampfes forderten. Es wurde jedoch in etwas überaus großer Weise aufgegeben, von jeder Diskussion abzulassen. Wenn aber der berechtigte Wunsch bestand, jede innere Diskussion auf dem Parteitage zu meiden und lediglich gegen die Feinde zu demonstrieren, so hätten doch auch die Aufhebung der taktischen Fragen und die Angriffe auf die Ansetzungen, die zuvor von einigen Genossen in der Presse gegeben waren, unterlassen werden sollen. Und andererseits hätte doch, wie uns scheint, eine Aussprache der Parteigenossen über die Stimmung der Arbeiterklasse in den verschiedenen Landesteilen und über die weitere Führung des Kampfes die Wirksamkeit des Referats noch erhöhen und verstärken müssen. Freilich halten auch wir das große Forum eines Parteitages für rein taktische Erörterungen, ob und warum diese oder jene Kampfmethode wie Streikdemonstrationen oder der politische Streik in Anwendung gebracht werden könne, nur unter besonderen Umständen für geeignet, und wir bestehen durchaus, daß man solche Debatten nicht übersprudeln lassen möchte. Etwas ganz anderes aber ist es, wenn die verschiedenen Landesteile zu Worte kommen, um die Kampfeslust ihrer Arbeiterbataillone zu erwecken.“

Jedoch solche kleinere Zwischenfälle treten natürlich zurück hinter den großen Gesamtausdruck der proletarischen Kampfesamkeit, die auf dem preussischen Parteitage erklang. Wir erwarten, daß ein wichtiger Erfolg dieser Anknüpfung des Parteitages durch ganz Preußen gehen wird, daß die Parteigenossen überall alle Kräfte mobilisieren, um die bevorstehenden Kämpfe mit Wucht und Entschlossenheit zu führen. Es muß den feindlichen Gewalten bedeutet werden, daß sie sich sehr irren, wenn sie meinen, die preussische Arbeiterklasse werde sozialistisch alles hinnehmen, was jetzt an Wahlrechtsaufhebung versucht werden wird! Es gilt eine große, starke, die feindlichen Taten bestiegende Volksbewegung zu entfesseln!

Zu einem Ueberblick über die ganze politische Lage nimmt das „Volkswacht“ in Bochum das Wort:

„Die Situation ist dafür günstiger denn je. Der erste Erfolg unseres bisherigen Kampfes ist die Anknüpfung einer

## Stadt-Theater.

### „Falstaff“.

Romische Oper in drei Akten von Arrigo Boito, Musik von Giuseppe Verdi.

Nach den Triumpfen, die Verdi mit seinen Opern „Trubadour“, „Traviata“ und „Rigoletto“ errangen, machte sein Ruhm auf mehrere Jahre Halt. Erst mit dem „Macbeth“ wies er individuelle Höhe auf, und sein „Don Carlos“ enthält sogar Nummern hochdramatischer Art. Damit begann der kaum glaubliche Umsturz, der sich bei Verdi in vorgerücktem Alter vollzog und in der „Aida“ zu gipfeln schien. Hier bereitete der greise Komponist die kühnste, kühnere italienische Melodie mit — allerdings ziemlich äußerlicher — Nachahmung Wagnerischer Intonationsart. Mehr zu Ueberber selbst die effektivste, aber weniger melodische Musik zu „Othello“ und in „Falstaff“, dessen erste Aufführung 1893 in Mailand stattfand, begegnet man Verdi auf allermodernstem Boden. Der Gattung ist nicht mehr das Bestimmende, sondern das Orchester „spricht“ hier in erster Reihe mit, es folgt konsequent dem wechselnden Empfindungsengang, den einzelnen Reden und Worten, ohne sich in Details zu zerstreuen. Der Chor tritt, dem Sujet gemäß, im „Falstaff“ sehr zurück. Im zweiten Akte nur mächtig und dekorativ mitwirkend, greift er im Finale des dritten Aktes breit und mächtig ein. Als Epilog dieses Aktes baut sich eine Figur auf, wie sie vielleicht in der Literatur der Oper einzig dasteht und die in ihrer Komplikation den Sängern keine geringen Schwierigkeiten bereitet. Durch die geringe Textzahl an Solopartien wird der Gesangsvirtuosität dargebracht, Wortwiederholungen sind außerordentlich und nur, wo es die Situation erfordert, Abgänge, die mit effektvollen hohen Brusttönen schließen, sind ganz in Wegfall gekommen. Durch den „Falstaff“ sind Nikolai „Lustige Weiber“ durchaus nicht überflüssig geworden, denn diese werden hier große Popularität nie verlieren.

Die Aufführung tat alles, um dem wie neu wirkenden Werke die nötige Bewegung zu geben. Herr Schäfer war ein ganz vorzüglicher Vertreter der anspruchsvollen Titelrolle, stets maßhaltend, sehr komisch und die Musik zu gelungenen Nuancen ausnützend. Ebenso fiel von Heberreibern war Herr Dörwald in der recht unbehaglichen Partie des Ford. Frau Macbeth sah als Alice reizend aus und spielte ihren Part mit großem Charme aus, sehr komisch war die Frau als Dama. Die Darssteller der kleineren Rollen und Episoden, die Damen Gherardini, Wolter und die Herren Klarner, Martini, Schauer und Sankle füllten ihren

Platz mit Ehren aus. Die Dekorationen vermieden mit Glück eine Erinnerung an diejenigen der „Lustigen Weiber“, die Szenette des letzten Bildes zeugte von erlebnisreichem Gesinnung. Das Orchester spielte ganz prachtvoll und störte nur gelegentlich gar zu sehr gegen die Sänger an.

Trotz alledem wird „Falstaff“ immer nur eine Oper für musikalische Feinschmecker bleiben, und es ist hundert gegen eins zu werten, daß sie nach wenigen Aufführungen wieder auf längere Zeit in die Versenkung verschwinden wird. Schade drum!

## Breslauer Schauspielhaus.

### „Die Millionenbraut“.

Operette von H. M. Wüller und E. Kunz. Musik von Heinrich Berté.

Endlich scheint die Direktion des Schauspielhauses den Schloßer der Saison gefunden zu haben. Vom materiellen Standpunkt aus betrachtet, ist ihr dies auch zu wünschen. Die Herren Verfasser haben zu dem Erfolg, den das Werk hatte, allerdings wenig beigetragen. Die Verse sind nicht ungehört gemacht, aber die Reime allzuoft an den Haaren herbeigezogen (so muß sich zum Beispiel auf Dagobund, ihrer Hund, reimen). Die Operette handelt von einem Marquis, der, nachdem er sein Vermögen verendet, zwecks Neugoldung seines Wappenschildes eine reiche Amerikanerin heiraten will. Die Heirat kommt schließlich zustande, nachdem erht amerikanisch aber nicht wahrhaftig, der Marquis Stiefelputzer geworden war. Mehr zu verraten halte ich nicht für notwendig. Verse, der Komponist der Operette, ist dem Breslauer kein Unbekannter mehr; hatte er sich doch mit seiner Operette „Der schöne Garibaldi“, bereits gut eingeführt. Die Partitur der „Millionenbraut“ ist reich an schönen, gefälligen Melodien, die dem Gehör leicht zugänglich sind. Daß der Komponist auch genügend in instrumentieren versteht, beweisen die Ballade vom kleinen Japaner und das Tanalidische Drr, Drr, Schmetterling. Auch sonst sind mancherlei gute Einfälle zu verzeichnen, so z. B. der Schauer Marsch ledig zu bleiben. Die meisten Nummern wurden am Sonnabend de capo verlangt.

Gespielt wurde mit seltener Hingabe. Allen voran Fräulein Wölfl hatte endlich einmal eine Rolle, die ihm zugeht. Sehr gut waren auch Fräulein Daffert als Stefania, Herr Dörner als Thompson und Herr Schwaibler in einer kleinen Rolle als verliebter Bildner. Frau Karola Galka als Lavinia Olympia war dagegen vollständig verpaßert. Diese Rolle hätte man einer tüchtigen Soubrette geben müssen. Ein besonderes Lob verdient Herr Schwaibler, der in der Partie des kleinen Japaner eine sehr hübsche Figur spielte. Die Aufführung war in jeder Hinsicht eine sehr gute. Die Dekorationen waren ebenfalls sehr schön. Die Aufführung war in jeder Hinsicht eine sehr gute.

bienen auch die nicht Reisebekehrten Marsch, die wieder räumen und tanzen. Er ant wurde überhaupt sehr viel, besonders der erste Akt ging mit einem lebhaften Tanz zu Ende. Die Ausstattung verdient, wie immer im Schauspielhaus, großes Lob. Herr Wölfler bewies sich wieder als unübertrefflicher Regisseur. Herr Kapellmeister Staffa dirigierte mit Schwung und Feuer und konnte sich mit dem anzuwendenden Kompositionen vollkommen nach dem zweiten Akte und am Schluß auf der Bühne zeigen. C. C.

## Aus aller Welt.

1000 Meter hoch in der Flugmaschine. Natham erreichte, wie bereits kurz gemeldet, auf dem Flugfelde von Moutonville le Grand mit seinem Aeroplan eine Höhe von tausend Metern und landete glatt nach einem Fluge von 45 Minuten Dauer.

Nach einer anderen telegraphischen Meldung aus Chalons für Nathe erreichte Natham in 1/4 stündigem Flug sogar eine Höhe von 1050 bis 1100 Meter.

Dem Bagemut des französischen Aviatikers Natham ist es gelungen, die Welt mit einem neuen Erfolg zu überraschen, den man vor kurzem noch für kaum denkbar gehalten haben würde. Natham ist den Berlinern durch seine Schauspiele auf dem Tempelhofer Felde bekannt, von dem er auch den ersten größeren Ueberlandflug in Deutschland, die Luftreise nach Johannesburg, ausführende und dabei eine durchschnittliche Höhe von 200 Metern innehielt. Aber tausend Meter hoch ist ein Begriff, den dem bei mit Höhenabmessungen weniger Vertraute nur vergleichsweise ein richtiges Bild gewinnen kann. Der Berliner Rathausurm ist beispielsweise nur 88 Meter hoch. Man müßte also zwölf Rathhaustürme aufeinander stellen, bevor man zur Flughöhe des Franzosen gelangen würde. Von den deutschen Strichbahnen ist der Admet Dom am bekanntesten. Bei einer Höhe von 160 Metern müßte man aber auch von ihm ein halbes Duzend aufeinander stellen, bevor man tausend Meter erreicht und selbst der 300 Meter hohe Eiffelturm, das höchste Bauwerk der Erde, ist nur ein verhältnismäßig kleiner Krüppel, wenn man sich Ludwig in der von ihm erreichten Höhe liegend über ihm vorstellt. Wie jubelte man dem Franzosen begeistert zu, als man ihn bei seinen ersten Flugversuchen hier in Berlin in nur fünfzig Meter Höhe an den Erdboden vorbeifliegen sah — mit seinem neuen Rekord hat er die Zweifel durchbrochen, daß dem Aeroplan in Bezug auf seine Höhe natürliche Schranken gesetzt sind.

Damit eröffnet sich für die Verwertung des Aeroplans, hinsichtlich der militärischen Zwecke, ein neues Aussehen.



ingserfahrenen geübt haben, wobei durch die Massen geht; die reiten wieder. Auf Kampf ist in der nächsten Zeit die Arbeiterklasse überhaupt gestimmt. Die Bergarbeiter rufen zum Kampfe gegen den Uebermut der Jochbarren. Die Salzarbeiter müssen rufen auf einen gewissen, viellecht schon in den nächsten Wochen ausbrechenden Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Das gleiche steht den Bauarbeitern bevor. Kampf auf der ganzen Linie. Es wird unsere Aufgabe sein, diese Kampfstimmung auch für den Kampf um die politische Gleichberechtigung in Preußen zu benützen, die einflussreichen Kräfte in der Bahn des Kampfes sowohl für den wirtschaftlichen als auch für den politischen Fortschritt zu lenken. Es lebe der Kampf! Er findet uns gerüstet!

Alle Vorteile und jede Situation auszunutzen hält die „Leipziger Volkszeitung“ für notwendig, die ihren Artikel schließt:

Mit dem letzten Gelände der preussischen Sozialdemokratie, den Kampf ums Wahlrecht in Preußen aufzunehmen, ist nicht nur Preußen, ist das gesamte Reich in seine große innere Krise eingetreten. Das bedeutet nicht etwa eine Ueberhöhung des Parlamentarismus, von der wir uns heute noch ebenso frei fühlen wie 1903 nach den Reichstagswahlen. Wir wissen ja alle, daß das Ziel dieses Wahlrechtskampfes nicht etwa in einigen armseligen Seiten des preussischen Abgeordnetenhauses besteht, sondern eben in der Niederwerfung der gesamten Junkerherrschaft, von der die Rede des Genossen Plebschke ein ebenso lebendiges wie empfindendes Gemälde lieferte. Dieses Ziel kann nicht bloß auf parlamentarischem Wege erreicht werden, eben weil die Macht des Junkertums keineswegs bloß im Parlament seinen Sitz hat. Hier müssen alle Quellen proletarischer Macht zwingen, und was die Niederwerfungsstrategie nicht erreicht, das muß die Ermattungsstrategie erreichen. Am langsamsten Feuer gilt es den Feind zu röhren, alle Vorteile gegen ihn auszunutzen. Auch die Vorteile der internationalen Lage. Wir alle wissen, wie lebendig die Situation war, die 1905 und 1906 aus Rußlands Steppen zu uns herüberwehte. Solche Situationen lassen sich nicht schaffen, wohl aber lassen sich Schwierigkeiten der deutschen Reichskommis dem Ausland gegenüber zu Konzessionen auf dem Gebiet der inneren Politik ausnutzen, wenn es nur eben in der inneren Politik nie zur Ruhe kommt. Hier gilt es rastlos zu wählen und zu heben.

Dem Gegner aber rufen wir wie zu uns: „Nicht rückwärts, wir verlangen keine Rücksichten von euch! Vorwärts!“

Zuverlässlich schließt das Herburger „Volksblatt“: „Der alte Junkerhaas, er ist innerlich morscher und höher, als seine Träger zugeben wollen. Wenn eine siegesgewisse und jugendstarke Millionenpartei, wie die unterige, die alle Hoffnungen der Zukunft in sich trägt, diese innerlich morsche Peste immer und immer wieder herant, wird sie dereinst fallen müssen und dann wird auch Preußen in der Reihe der Kulturstaaten mit genannt werden können.“

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Januar.

#### Geschichtskalender.

11. Januar.

1890 Joh. Webbe, 103. Schriftsteller, †.  
1908 Stütiger Wahlrechts-Sonntag in Berlin.

#### Die Eingemeindung von Gräbichen

wird wieder einmal den Gegenstand einer Auseinandersetzung in der Stadtvorordneten-Versammlung bilden. Sie ist in ein neues Stadium gerückt, ohne daß man behaupten könnte, sie sei einen Schritt vorwärts gekommen. Wie bekannt, habe sich schon vor Jahr und Tag die Stadt- und die Vorgemeinde wegen der Eingemeindung geeinigt. Die Verwaltung des Landkreises Breslau mit dem Landrat Wibelhaus an der Spitze, die sich eigentlich nur gutwillig zu äußern hat, erhob aber aus sehr selbstlichen Motiven Protest. Dieser Protest wurde zwar vom Bezirksausschuß durch seine Zustimmung zur Eingemeindung zurückgewiesen, es gelang aber den agrarischen Herren des Landkreises, den Minister und den Landtag auf seine Seite zu bekommen. Die Stadt kam dadurch erneut ins Hintertreffen und jetzt diktiert ihr die Kreisverwaltung unter Zustimmung

Der Kreis-Ausschuß würde bereit sein, dem Kreisrat die Ausgabe seines Widerspruchs gegen die Eingemeindung von Gräbichen vorzuschlagen, wenn

1. die Königl. Staatsregierung eine Erklärung des Magistrats herbeiführt, in welcher derselbe anerkennt, daß durch solche Eingemeindungen, welche eine Veränderung der Kreisgrenzen herbeiführen, wesentliche Interessen des Landkreises berührt werden, und daß deshalb in Zukunft bei allen diesbezüglichen Eingemeindungs-Verhandlungen die Kreisverwaltung zugezogen wird,
2. die Königl. Staatsregierung eine Erklärung des Magistrats herbeiführt darüber, welche Ortschaften des Landkreises in den nächsten zehn Jahren für Eingemeindungs-Verhandlungen in Betracht kommen sollen, und aus welchen Gründen eine Eingemeindung derselben schon innerhalb dieses Zeitraumes für erforderlich erachtet wird. (Nach Prüfung dieser letzteren Erklärung behält sich der Kreis-Ausschuß die Stellung der weiteren Bedingung vor, daß, nachdem das Stadtgebiet in den letzten 5 Jahren (inkl. Gräbichen) um 1151 Hektar erweitert worden ist, weitere Eingemeindungen in den kommenden zehn Jahren nur bei öffentlichen Notständen, denen auf andere Weise nicht abgeholfen werden kann, und als Folge unvorhergesehener Ereignisse eintreten sollen.)

b) im Besonderen Gräbichen betreffend

1. die Stadtgemeinde Breslau vom Tage der Eingemeindung von Gut und Gemeinde Gräbichen ab 25 Jahre lang einen Betrag an den Landkreis Breslau zahl, welcher dem im Etatsjahr 1909 von diesen Kommunalbezirken gezahlten Beträge an eigentlichen Kreisabgaben gleichkommt (5329 Mark).
2. die Stadtgemeinde Breslau vom Tage der Eingemeindung ab die fernere Unterhaltung der Kreischauffee Gräbichen-Debrau innerhalb der Guts- und Gemeindegemarkung Gräbichen gegen Abtretung der dem Kreise zustehenden Besitzrechte an der Straße übernimmt,
3. die Stadtgemeinde Breslau keinen Anspruch auf anteilweise Auslieferung des Kreisvermögens erhebt.

Nabezu alle diese Forderungen entbehren jeder rechtlichen Grundlage, trotzdem entschließt sich der Magistrat widerwillig und allmählich, sich unter die Bedingungen des Kreises zu beugen, um in der Eingemeindungsfrage überhaupt vorwärts zu kommen. Ohne das Recht des Kreises anzuerkennen und einen Präcedensfall schaffen zu wollen und trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten, will also der Magistrat ein Programm über eine großzügige Eingemeindung der Vororte aufstellen und dem Kreise mitteilen, also dessen befristetes Mitbestimmungsrecht ausnahmsweise einmal anerkennen. Bei den Forderungen unter B erkennt er sowohl den Verzicht auf das Kreisvermögen als die Verpflichtung zur Uebernahme der Kreischauffee an, hat aber sehr viel anzusetzen an der Höhe und der Berechnungsart und der ganzen Beanpruchung der Kreisvermögensabgabe, mit der der Kreis einen ganz umfangreichen Schöpfungsversuch an den Köpfen der Stadt versucht. Ueber frühere ähnliche Klagen sagt der Magistrat:

Bei der Eingemeindung von Kleinburg und Pöbelwitz, die am 1. April 1897 regelmäßig stattfand, erhielt der Landkreis feierlich Entschädigung für entzogene Steuervorteile.

Zur Eingemeindung von Herdau, Dürren, Morgenau und Leerbeutel am 1. April 1904 wurde die Zustimmung des Landkreises vorher erteilt; dabei forderte der Kreis aber neben einem Anteil am Kreisbüchendienst nur die Fortzahlung der halben Kreissteuer auf 25 Jahre. Hat damals zwischen Kreisbeamten einerseits und Provinzial- und Landarmenabgaben andererseits dasselbe ziffermäßige Verhältnis bestanden wie im Jahre 1909, — nämlich ca 45:55 —, so hätte sich der Landkreis auf jene Art mit der „Hälfte“ tatsächlich 111 Prozent der Kreissteuer auf 25 Jahre hinaus gestellt, was wir noch anzuführen haben werden. Wir selbst waren nicht in der Lage, die damals vom Landkreise amtlich beigebrachten Ziffern anzweifeln und nicht stehen zu können.

Die Sonne scheint also noch alle Schiedungen an den Tag zu bringen.

Gräbichen ist, so behauptet der Magistrat hervor, schon heute tatsächlich ein Teil von Breslau. Wichtige Anstalten der Stadt liegen dort, oder sollen demnächst dorthin verlegt werden; die Kirchhöfe, das Straßenbahndepot, die neue Kirche der Trinitatengemeinde, die große Gotthelfsche Häuserfährung usw. Fast alle Grundbesitzer von Gräbichen wohnen in Breslau und viele von ihnen haben heute

nicht nur ihnen selbst, sondern auch der Stadt nützlich ist und immer mehr nützlich wird. Vor allem aber erfordert die gesunde Entwicklung Breslaus nach Westen bringend die Vereinfachung. Die Festhaltung und Durchführung gesunder und guter Bebauungspläne, Entwässerungsanlagen usw. ist ohnedies kaum möglich. Sie gegen schon jetzt großen Schwierigkeiten und werden immer schwieriger und auch kostspieliger werden, wenn die regelmäßige Entwicklung, wie bisher, fortschreitet. Ueberdies über Notzustände in Gräbichen ihre Wirkung auch unmittelbar auf Breslau aus, nicht nur auf die hier wohnenden Gräbichener Grund- und Fabrikbesitzer, sondern auf die ganze Bürgerchaft; in hygienischer, armenpflegerischer, schulpflegerischer Hinsicht.

Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse hat die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß vom 21. März 1907 gefaßt und sich damit bereit erklärt, sehr große Ausgaben zur Durchführung der Eingemeindung auf die Stadt zu übernehmen. Die demzufolge mit der Terrain-Aktiengesellschaft Gräbichen als Eigentümerin des Rittergutes, abgeschlossenen Verträge sind auch bereits größtenteils ausgeführt, soweit dies vor der Eingemeindung möglich war. Insbesondere hat die Stadt bereits 26,875 Hektar Grundbesitz von der Terrain-Gesellschaft für 602,028,43 Mark übernommen. Der Magistrat glaubt daher auch dieser Gesellschaft gegenüber eine gewisse Verpflichtung zu haben, die Eingemeindung, die in ohnehin nur zu sehr verzögert hat, endlich zum positiven Abschluß zu bringen, wenn sich dies irgend machen läßt. Die Terraingesellschaft, der er die Forderungen des Landkreises und seine Bedenken dagegen mitgeteilt hat, hat darauf geantwortet, daß sie sich entschlossen habe, ihre Beteiligung an der der Landkreis von der Stadt zu zahlenden Entschädigung von (den im Vertrage bestimmten) 10 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen für den Fall, daß die Eingemeindung bis zum 1. April 1910 zustande kommt.

Nach alledem soll man den Forderungen des Landkreises möglichst weit entgegenkommen, wenn sie auch unbillig sind. Die Steuerentschädigung soll dem Kreise in einer kapitalisierten Summe — mit den 18 Jahren des 25. Jahre lang zu gewährenden Jahresbetrage — entrichtet werden und der Magistrat beantragt:

1. Zur Eingemeindung vom Gemeinde- und Gutbezirk Gräbichen und dem Landkreis Breslau folgende Zugeständnisse zu machen:
  1. die Stadtgemeinde Breslau erhebt keinen Anspruch auf anteilige Auslieferung des Kreisvermögens;
  2. die Stadtgemeinde übernimmt vom Tage der Eingemeindung ab die Unterhaltung der Kreischauffee innerhalb des Gemeinde- und Gutbezirks Gräbichen gegen Abtretung ihres Eigentums;
  3. die Stadtgemeinde zahlt am Tage der Eingemeindung dem Landkreis den 18fachen Betrag der im Jahre 1909 vom Gemeinde- und Gutbezirk Gräbichen gezahlten eigentlichen Kreisabgaben von 5329 Mark, vermehrt um die jährlichen Unterhaltungskosten der zu 2 genannten Chauffeestrecke und um die sonstigen, auf Gräbichen beschränkt angewendeten Kreisabgaben
- II Es folgt die Eingemeindung erst nach dem 1. April 1910, so zahlt die Stadtgemeinde nur 80 Prozent des Betrages.

Damit hätte der Kreis die Stadt also untergebuht. Nebenher sei erwähnt, daß vom Kreise aus inzwischen auch der geniale Versuch gemacht wurde, die Ackerländer Gräbichens mit einer benachbarten Landgemeinde zu verschmelzen und nur den städtisch gewordenen Teil zu Breslau zu schlagen. Also gerade was den Ausbau, die Ausgestaltung und Ausdehnungsmöglichkeit der Stadt herbeiführt, sollte weggenommen werden. Diese Kreisräufelungen sind doch erstklassige Volkswirtschaftler und Kommunalpolitiker! Merkwürdige Achtung!

\* Der Streit um den Grafensohn. Die von dem „Postemp“ gebrachte Mitteilung, daß der wirkliche, der Parca entführte Sohn sich in einem Dorfe bei Gnesen als Hütejunge aufhalten soll, bildet erneut das Gesprächsthema allerwärts. Die meisten sind davon überzeugt, daß das Gerücht im höchsten Grade wahrscheinlich und auch glaubhaft

Erreichte der einiger Zeit probierte mit ein Anstatter bei Jungfrauen in Robornisch, im nächsten Jahre würden unsere Verhältnisse nicht mehr in ihrer bisherigen Beschaffenheit ihre Preise durch die Lüste ziehen können. Sie würden im Gegenteil in der nächsten Zeit gefährliche und ihnen in Bezug auf Gesundheit weit überlegene Gegner haben und einem ungenügenden Karaplan würde es eine schwierige sein, sämtliche Mängel zu beheben, wenn sie sich gegen die Krankheit und Larmstadt befeindeten würden. Innerhalb einer Stunde aufzuheben und zu vernichten. Es blieb den Leuten noch die Glucke in höhere Regionen, die den Karaplan bisher vertrieben gehalten waren. Letztem hat mit seinem geringen Erfolge bewiesen, daß sie auch dort nicht mehr sicher sind und im Karaplan über erreicht werden können. Zwischen beiden Luftschiffarten wird sich jetzt ein interessanter Wettbewerbs entwickeln, Wiesel und Segel zu haben, um sich des andern als Gegner anzusehen zu können. Das Verbot durch persönliche Unvorsichtigkeit in seinem Ansehen-Einbuße gelang, wird sicher andere Jungfrauen zu ähnlichen Leistungen anregen.

**Folgen schwerer Unglück bei Besichtigung der Krupp'schen Schiffswerk durch die chinesische Studienkommission von.** Die chinesische Studienkommission, unter der sich ein Admiral befindet, ist Freitag Abend in Kiel eingetroffen, um die Werft- und Marine-Anlagen zu besichtigen. Eine große Anzahl von Wärdenträgern der Marine und sonstigen Personen und die nötige Schutzmannschaft waren zur Begrüßung anwesend. Von der Krupp'schen Werft war am Freitag Abend ein großes Festmahl veranstaltet worden und im Laufe dieses Tages waren bei der Werft alle Anstalten getroffen worden, um der Kommission möglichst alles günstig darzustellen. Auf der Werft war große Aufmerksamkeit, herausragende Schienen wurden mit Putzwerk überdeckt usw. Ja, die Arbeiter warteten bis 4 Uhr Nachmittags herbeizutreten, damit die Kommission, zu welcher Tageszeit sie auch kommen werde, die Werft in Betrieb habe. Aber es sollte anders kommen. Die Kommission kam Sonntag, nachdem sie die Marine-Akademie und die Reichswerke besichtigt hatte, kurz vor Mittag zur Besichtigung der Krupp'schen Werft. Bei der Gelegenheit wurde der große Kran der ungeschlossenen Werft mit voller Belastung im Betriebe versetzt. Dabei brach der an diesem großen Kran befindliche Schenkel wieder, weil die Schenkel, die ihn trugen, nicht genügend belastet waren. Die Schenkel, die ihn trugen, waren nicht genügend belastet, er ist nach im

Laufe des Nachmittags gesunken. Der Bauvorleiter Wülfert und ein Lehrling wurden leichter verletzt. Die Kommission wird also die Auffassung mitbekommen haben, daß auf der Werft, soweit die Schutzvorrichtung für Arbeiter in Betracht kommt, noch nicht alles so ist, wie es sein sollte.

**Einbruch eines Spitalgebäudes in Kärnten.** Ein schweres Unglück, das auch einen Menschen im Bergbau hervorgerufen wurde, ereignete sich am Sonntag in dem kleinen kärntenischen Dorfe Raibi. Das „N. Z.“ meldet hierzu: In dem kleinen kärntenischen Dorfe Raibi hat ein Bergbruch im Bergbau stattgefunden. Dadurch wurde der Einbruch des Spitalgebäudes von Raibi verursacht. Das Gebäude versank. Der Arzt Dr. Besely mit Frau und Kind, ferner die Krankenwärterin Landsteiner und ihr Gatte fanden den Tod.

Nach einer an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten gerichteten Mitteilung der Verwaltung des kaiserlichen Bergbauwesens in Raibi (Kärnten) ist kürzlich das bestirzte zum staatlichen Bergbau gehörige Spital infolge des Bruches eines Bergbaues in dem Gräßlich Gräßlichen Grubenfelde unter Tag versinken und eingestürzt. Hierbei sollen nach den bisher vorliegenden Nachrichten sieben Personen tödlich verunglückt sein. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat mehrere Beamte zur Mitteilung an den bergpolitischen Erhebungen über die Ursachen dieses Unglücks sowie behufs Ausforschung der nötigen Maßnahmen entsandt. Der „Neuen Freien Presse“ wird zu diesem Unglück aus Graz gemeldet, daß ein Arzt mit Frau und Kind, zwei Dienstpersonen sowie eine Krankenwärterin und ihr Mann den Tod gefunden haben. Da eine Rettung der Verunglückten sei nicht zu denken, da an der Stelle, wo das Spitalgebäude stand, sich ein großer Felsraum gebildet habe, in dem sich das Wasser ansammelte. Militär und Bergknechte arbeiteten eifrig an der Freimachung der Unglücksstelle. Mehrere Nachbarhäuser mußten wegen Einsturzgefahr geräumt werden.

**Sturmshäden auf den kanarischen Inseln.** Ein heftiger Sturm hat nach telegraphischen Meldungen die ganze Insel La Palma verheert und alle Bäume umgeworfen. Viele Ge-

bäude wurden umgestürzt, die Bananenreife und andere Ernten sind vernichtet. Der Schaden wird auf viele Millionen Pesetas geschätzt. In einem Dorf schlug der Blitz in das Pulvermagazin. Dieses explodierte und zerstörte die unmittelbare Umgebung.

**Ein Priester als Mörder.** Vor dem Schwurgericht von Ancona kommt demnächst der Prozeß des Geistlichen Don Alfredo Adorni zur Verhandlung, der im September 1908 den greisen Priester Constantini in Rom, seinen Wohlfahrer und väterlichen Freund, ermordete und ausraubte. Am 7. September fand man in seiner Wohnung, Via della Chiesa Nuova, unter einem Berge von Matrasen die durch Dolchschläge und Hammerschläge verblutete, schon in Verwesung übergehende Leiche des alten Priesters. Bald ermittelte auch die Polizei, daß der Mörder niemand anders als der erwähnte Geistliche sein konnte, der fast täglich den alten Herrn besuchte. Don Adorni, der sich nach dem Mord in schlechter Gesellschaft herumgetrieben, aber täglich die heilige Messe gelesen hat, gab das Verbrechen ohne weiteres zu, führte aber zu seiner Entschuldigung an, daß zwischen ihm und dem Toten ein „Verhältnis“ bestanden habe, das ihn angeblich zur Verurteilung trieb. Später nahm der Mörder aber diese Version zurück und erklärte, er habe Constantini nur deshalb getötet, um sich seines Geldes zu bemächtigen. Er habe den alten Priester, wie schon öfter besuchte, sich mit Marjola besorgen lassen und ihn dann mit einem Dolche niedergestochen. Als der Mörder sich noch rühre, ergriff Don Adorni einen Hammer und zerstückelte seinem Opfer den Schädel.

Der würdige Diener des Herrn hat eine selbst für einen italienischen Priester etwas bewegte Vergangenheit. Er war erst Benediktiner, wurde aber aus dem Orden ausgestoßen, dann Jesuit und endlich Weltgeistlicher. In dieser Eigenschaft führte er ein sehr lustiges Leben und unterhielt mit mehreren verheirateten Frauen Verhältnisse. Das Priestergewand — sagt er selbst — sollte ihm auf leichte Weise zu Liebesabenteuern einen Weg eröffnen, der anderen Sterblichen verschlossen zu sein pflegt. Auch in Montecarlo am Speltisch war Don Adorni zu finden. Uebrigens war und ist dieser Mordbube auch dichterisch tätig und hat im Sterber frei nach Kipling eine Ode auf die Tierwelt geschrieben, bei seine Zelle bevölkert und nicht aus Löwen und Pantheren, sondern aus kleinerem Raubzeug besteht. Ein Zeichen, daß der Verkommene sich den vollen Genuß bewahrt und keine Ahnung von der Größe seines Verbrechens hat. So drückt er auch kleinerer Leute über das aus, was er braunen hat.



die Unterbringung einer Waise in der Nähe von Gnesen ge-  
hört haben wollen. Da der Einfender der Notiz im "Voltemp"  
mit "Jan Sniatecki aus Unter-Gresen" unterzeichnet  
hat und eine briefliche Nachricht ihn unter dieser Adresse  
nicht erreicht hat, so hat die genannte Redaktion den Ein-  
fender um die weitere Enthüllung seines Geheimnisses durch  
eine Notiz im Briefkasten ersucht.

### \* Die Gefahren der Prostitution und ihre Bekämpfung.

(Ein Kapitel zum preussischen Polizeibureaukratismus.)  
Die vor einiger Zeit ins Leben getretene Stillschließungsbewegung,  
die sich den Kampf gegen die Prostitution zur Aufgabe gestellt  
hat, scheint allgemeines Interesse zu erwecken zu haben. Das beweist  
auch der allmähliche Besuch der am Sonntag Mittag im großen  
Saal des Konzerthauses stattgehabten öffentlichen Versammlung.  
Überwiegend war daselbst vom "Schlesischen Zweigverein der  
deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten"  
und Herr Professor Doktor Blaschko-Verlin, der  
Generalsekretär dieser Gesellschaft, hatte die Veranstaltung über  
sein hygienisches wie sozial wertvolles Thema vor mehr als 2000  
Personen sprechen zu können. Vor allem war es das heut noch  
in Deutschland bestehende Reglementierungssystem (Kontroll-  
system) sowie die noch offen stehenden Fragen der Bekämpfung der  
Prostitution überhaupt, was der Referent besonders hervorhob  
und über das er ungefähr Folgendes ausführte:

Die Gefahren der Prostitution sind sittlicher, sozialer wie  
kriminellet Art, ihre schwerwiegendsten jedoch die hygienischen.  
Die hohe Sterblichkeit bei syphilitischen Erkrankungen gegenüber  
anderen Krankheiten läßt erkennen, daß dieses Gebiet, das wegen  
einer Infektion schon die Gefahr der Übertragung in gesunde  
Kreise in sich birgt, von ärztlicher Seite immer noch unterschätzt  
wird. Bezeichnend ist, daß die Zahl der Erkrankungen,  
wie auch der Prostituierten, ganz  
erheblichen Schwankungen unterworfen ist,  
was man mit den jeweiligen wirtschaftlichen  
Verhältnissen, dem wirtschaftlichen Auf- und  
Niedergang in Verbindung bringen muß, ein  
Wort, das die Prostitution ein soziales  
Uebel um ein solches nicht gleich aus der Welt zu schaffen  
ist. Der Kampf gegen die ethischen Gefahren der  
Prostitution nimmt daher auch die Wissenschaft mit allem  
Ehrgeiz in Anspruch. Das noch in bürokratischen  
Ländern wie Deutschland, Rußland usw. bestehende System  
der Reglementierung, ist kein Heilmittel, die Folgen der  
Aufhebung dieses Systems in anderen Ländern beweisen das  
Gegenteil. So belief sich in England die Zahl syphilitischer  
Krankheiten im Jahre 1884 vor Aufhebung des Systems auf  
60.000, nach Aufhebung im Jahre 1887 mit nur noch 25.000; in  
letzter Zeit sind es noch weniger. Ein gleiches zeigt sich  
auch in Dänemark, Norwegen, Italien usw. Am schlimmsten  
sind die Zustände in Rußland, wo die korrupte  
Polizei mit den Mädchen unter einer Decke  
steht. Die deutsche Polizei ist infolge ihrer  
militärischen Vorschule nicht imstande, die außer-  
ordentlich schwierigen Aufgaben, die ihr aus sittenspolizeilichem  
Gesichtspunkt gestellt werden, zu erfüllen. Sie soll die Familie vor  
moralischer Verführung bewahren, ja, sie soll die Mädchen zurück-  
führen, sie soll kein öffentliches Vergnügen erregen und was dergl. mehr  
ist, alles dies sind Dinge, die einer preussischen  
Polizei-Bureaukratismus nie und nimmer er-  
füllen kann. Er beschränkt sich lediglich auf gelegentliche  
Kenntnisnahme einzelner Fälle und was am einfachsten ist, auf  
Razzias. In letzterem Falle sind es nicht die in den seltensten  
Fällen Mädchen, die der Prostitution noch fern standen, die von  
einer solchen Razzia betroffen werden.

In Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, wo tausende  
von stellunglosen Mädchen umherlaufen, kommt es nicht  
selten vor, daß ein solches von ihrem Bräutigam, viel-  
leicht ohne etwas gefordert zu haben, in ihrer wirtschaftlichen  
Notlage ein Geschenk annehmen, dem Sittenspolizeilichem  
in die Hände fällt. Zuweilen trifft es sich, daß sie ihren Ge-  
liebten als - Referendar bei der Gerichtsverhandlung wieder-  
findet. Für ein solches Mädchen bedeutet die Eintragung in die  
Liste der Prostituierten den Anfang vom Ende jener gefährlichen  
Laufbahn. Ihre Zukunft ist vernichtet durch den  
Polizeibureaukratismus. Dabei leidet unsere  
preussische Polizei an einer nicht unerheblichen  
Unkenntnis der Gesetze. Es besteht ein  
so genanntes Ergänzungs- (Seuchen) Gesetz, laut dem die Prostituierten  
nicht zwangsweise behandelt werden sollen. Es ist zu  
bezweifeln, ob auch wohl nur 20 Polizeibeamte  
Preußens, dieses Gesetz kennen! Laut dem Gesetz soll  
erst der behandelnde Arzt die Behandlung anordnen und damit  
einverstanden sein, es sollen Berichte eingeschickt werden, und erst  
wenn diese Berichte ausbleiben, soll zur zwangsweisen Behandlung  
übergegangen werden. Es ist kein Fall bekannt, wo einmal  
darnach gehandelt worden wäre, trotz des Ministerial-  
erlasses von 1907, wo auf dieses Gesetz noch besonders hingewiesen  
wird. Die Polizei, die weit lieber nach dem bekannten Schema  
"F" handelt, bleibt bei der bequemeren System der  
Reglementierung und so kommt es, daß man  
das betreffende Mädchen nicht als kranke  
Person, sondern als Waise behandelt, die man  
sozusagen nur gesundheitslich abstampelt. In der  
Nichtbefolgung dieses Gesetzes liegt aber eine große hygienische  
Gefahr, denn die zwangsweise Behandlung hat die Entstehung der  
Mädchen von der Kontrolle und die geheime Verbreitung  
syphilitischer Krankheiten zur Folge. Freunde und Gegner sind  
sich darüber einig, daß die Reglementierung in ihrer heutigen  
Art gar keinen oder nur ganz minimalen Nutzen hat, und ihre  
Abhängigkeit bzw. Veränderung ist daher dringend notwendig.  
Redner geht sodann auf den "Männerstandpunkt" ein, den man  
in Norwegen längst fallen gelassen hat. Dort ist die Einrichtung  
eines Gesundheitsamtes getroffen worden, auf dem sich jeder, der  
syphilitisch erkrankt ist, zu melden hat, ganz gleich ob Mann oder  
Frau. Nach Unterzeichnung eines Schriftstückes, das er bis zu seiner  
Genesung den geschlechtlichen Verkehr zu meiden hat, kommt er  
in freie ärztliche Behandlung. Die Einrichtung hat sich bereits  
als sehr segensreich erwiesen. Eine schwierige Frage ist die Frage  
der Derklichkeit und des Straßensystems. Am günstigsten und  
besten sind die alten Straßen im Zentrum der Stadt mit den  
Ein-Familienhäusern, da die großen vierstöckigen Gebäude die  
Prostitution so sehr im geheimen wuchern lassen. Die Klage  
der Mitglieder über Belästigung von Seiten der  
Prostituierten, wie man sie ja auch in Breslau zurzeit  
viel höre, sei heuchlerisch und pharisaisch. Als  
Arbeiterkreise kämen dergl. Klagen nie. Ein  
Hauptfaktor, der immer neue Mädchen der Prostitution zuführt,  
sei das Animmertertum gewesen. Dies müsse energisch  
bekämpft werden. Vor allem aber sei die Einführung eines ver-  
nünftigeren Systems erwünscht, das den geschlechtlich Kranken  
hygienische Behandlung ohne Systemzwang biete und als Gegen-  
mittel der syphilitischen Infektion, die Erziehung der Geschlechts-  
kranken zu der moralischen Verpflichtung der Enthaltensamkeit.  
Ohne die Mitwirkung der großen Masse, läßt sich jedoch das  
große Uebel nicht beseitigen.

Ueber den interessanten Vortrag, der begeisterten Beifall  
land, konnte, obwohl es der Vorstehende dringend wünschte, keine  
Diskussion herbeigeführt werden, da der größte Teil der Versamm-  
lung nach Beendigung des circa 1 1/2 stündigen Vortrags aufbrach.  
Doch es bleibt immerhin interessant, daß die Prostitution und ihre  
polizeiliche Minderwirtschaft wie sie in Preußen besteht, einmal nach  
sozialer Richtung hin von einer so anerkannten Autorität, wie  
Derr Blaschko es ist, beleuchtet zu sehen.

wacht", Richard Schiller, zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt  
worden. Dem Genbarmerienamtsrichter W. in V. ist die Befugnis  
angezweifelt worden, den Urteilstenor im "Vestläner Generalanzeiger"  
und in der "Volksmacht" zu veröffentlichen. Es handelte sich um  
einen Artikel: "Wie man unserer Jugend Liebe zum Militarismus  
einflößt." Darin wurde behauptet, W. habe beim Erkaufschiff erst  
Unordnung hervorgerufen und einen Wehrlosen, der gar keinen Wehr-  
stand geteilt hatte, mit dem Säbel niederkniet, sodann er blutend  
ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Wahrheitsbeweis ist  
mühselig. Der betreffende junge Mann, Pöfner mit Namen, war  
wegen Angehöriger hinausgeschickt worden, auf dem glatten Boden zu  
Ställe gekommen und hat, als er wieder aufgefunden war, den  
Gen darmen betito angegriffen. Dieser zog sein Seitengewehr und  
verletzte sich damit. Auf den am Boden Liegenden hat er nicht  
eingeschlagen. Pöfner und einige andere jungen Leute waren gleich  
nach dem Vorfalle zum Angeklagten gegangen und hatten ihm in der  
Erregung den Vorfalle, wie sie ihn aufzufaßt hatten, erzählt. Die  
Revision des Angeklagten, der Verurteilung des § 188 rühmt, wurde  
heute vom Reichsgericht verworfen. Jedoch wurde die dem  
Genbarmerienamtsrichter zugewordene Befugnis zur Veröffentlichung  
des Urteils nicht in Bezugfall gebracht, da der Strafantrag nicht von dem  
Besamten selbst, sondern von  
seiner vorgesetzten Behörde gestellt worden ist.

\* Ein neuer Konflikt im Breslauer Holzgewerbe scheint  
auszubrechen. Ein erheblicher Teil der Unternehmer hat bisher die  
am 8. Januar fällig gewordenen Zuläge in Höhe von 2 1/2 Prozent  
nicht gezahlt. Eine am Sonntag im Gewerkschaftshause tagende  
Delegiertenversammlung des Holzgewerkschafts nahm zu der  
Situation bereits Stellung und beschloß nach längerer Aussprache,  
sodort die nötigen Schritte zu unternehmen. Die Verträge der  
organisierten Arbeitgeber sind bereits den betreffenden Organisationen  
gemeldet worden. Ueber diese Beschwerden wird die für solche  
Streitigkeiten eingesetzte Einigungscommission befinden. Gegen die  
nichtorganisierten Arbeitgeber wird noch im Laufe dieser  
Woche durch den Holzgewerkschaft selbst das Nötige veranlaßt  
werden.

\* Tarifbewegung im Zwickauer Holzgewerbe. Die Mohr-  
leger haben den am 1. April 1910 ablaufenden Tarifvertrag ge-  
kündigt. Behufs Beratung eines neuen Vertrages fand am  
Sonntag im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Versammlung statt.  
Genosse Philipp, der an der wichtigen Sache das Referat über-  
nommen hatte, führte aus: Die Versammlung ist einberufen worden,  
damit die Mohrleger ihre Wünsche bei Aufstellung eines  
neuen Tarifs äußern können. Die zu wählende Tarif-  
commission könne dann auf Grund der gemachten Vor-  
schläge den Tarif ausarbeiten, der den Arbeitgebern übermittelt  
werden wird. Die Tarifvereinbarung der Arbeitgeber für das In-  
dustriegebiet habe sich zwar aufgelöst, es sei indessen nicht an-  
geschlossen, daß sich wieder eine solche Vereinbarung bildet. Philipp  
betonte, der Tarif müßte nicht bloß für Breslau Gültigkeit haben,  
sondern auch für die an Breslau anliegenden Ortlichkeiten. Eine  
Kinnababe bereits ihren Betrieb nach Deutsch-Wisla verlegt. Durch  
die Betriebsverlegung in die Umgebung könnte eine zu große Kon-  
kurrenz entstehen. Schwabe wünschte, daß vorerst die Tarif-Kom-  
mission sich über den Vertrag schlüssig machen sollte und dann sollte  
in einer späteren Versammlung die Beratung erfolgen.

Die Versammlung nahm jedoch davon Abstand und trat bald  
in die Debatte ein. Erkreuzerweise nahm eine Anzahl Kollegen  
einseitig teil. Beisitz der Arbeitzeit erklärte sich die Versammlung  
einmütig dafür, für das erste Vertragsjahr 1910/11 es bei  
9 1/2 Stunden zu belassen, für 1911/12 aber die stündliche Arbeitszeit  
einzuführen. Betreffend die Lohnzahlung wurden verschiedene Wünsche  
laut. Es wurde betont, daß man angesichts der Teuerung aller  
Lebensmittel und mit Rücksicht darauf, daß seit 1907 nennens-  
werte Lohn-Erhöhungen nicht stattgefunden, der Lohn-  
aufschlag mindestens 10 Pf. pro Stunde betragen müsse. Nach dem  
alten Tarif ist der Mindestlohn für Monteur 52 Pf., für Hilfs-  
arbeiter 36 Pf. Man einigte sich dahin, daß für Monteur 62 Pf.,  
für Hilfsarbeiter 47 Pf. verlangt werden solle. Nebensunden sollen  
mit 25 bzw. 50 Prozent Aufschlag bezahlt werden. Die Landzulage  
soll pro Mann und Tag 3 Mk. betragen. Das Laufgeld von der  
Stadtlarage bis 3 Kilometer Entfernung beträgt 1 Mk., bis 7 Kilo-  
meter 1,50 Mk. Akkordarbeiten sollen unbedingt verboten werden.  
Das sind ungefähr die wesentlichen Punkte. Die Tarifkommission  
wird auf der Grundlage der gekürzten Vorschläge den Tarifvertrag  
aufstellen und ihn einer weiteren Versammlung zur Beschlußfassung  
vorlegen. Wie wollen hoffen, daß die Bemühungen Früchte tragen  
und die Durchföhrung des Tarifs friedlich, aber vor allem erfolgreich  
von statten gehen möchte.

\* Erfolge eines Breslauer Aviatikers. Der frühere  
Breslauer Rennfahrer Fritz Heidenreich flog Sonnabend mit  
seinem selbst konstruierten Eindecker, der mit einem deutschen Motor,  
versehen ist, über hundert Meter weit. Er erreichte eine Höhe von  
zehn Metern.

Der Flugapparat, dessen erstes Modell von Oberingenieur  
Schradner-Frieden gebaut war, ist mit einem vierundzwanzig-  
pferdigen deutschen Motor angeschlossen. Die Flugübungen finden fast  
alltäglich auf dem Werderemplate bei Garlitz statt. Bereits am  
Freitag gelang, so berichtet weiter die "Schles. Ztg.", dem Aviatiker  
ein Flug über etwa fünfzig Meter in geringer Höhe. Am  
Sonntagabend flog er bis zu zehn Meter Höhe und flog meh-  
rere Male fast über den ganzen Werderemplate. Der Apparat  
ging nach möglichem Anlauf glatt vom Boden weg und hielt sich  
in der Luft sicher schwebend, bis der Aviatiker den Motor ab-  
stellte, um im Gleitflug zur Erde herabzukommen.  
Bei der letzten Landung aus größerer Höhe wurde der  
Apparat etwas beschädigt, doch wird er voraussichtlich Sonntag  
Mittag wieder gebrauchsfähig sein. Diese Flüge bedeuten einen  
großen Erfolg für die schlesische Aviatik, den Schlesischen Flugport-  
klub und vor allem für den Erfinder und Flieger selbst, der nunmehr  
zu den ersten erfolgreichen deutschen Aviatikern gehört.

\* Die allgemeine Druckmaschinen und Zeitungs-Ausstellung  
des Vereins Breslauer Druck- und Maschinenmeister ist gestern im  
Haus Sabomaststraße 31/33 eröffnet worden. In zwei großen Sälen  
wird ein überaus reichhaltiges Bild der Entwicklung des deutschen Buch-  
druckwesens und der deutschen Presse gegeben, das nicht nur für den  
Fachmann Interesse hat, sondern auch für die weiteren Kreise des  
Publikums, soweit es Sinn für die Entwicklung der deutschen Tech-  
nik hat. Die Ausstellung ist in 8 Gruppen eingeteilt. Im 1. Saale  
sehen wir prächtig gelungene Kunstarbeiten deutscher Fachleute.  
Es ist hierbei nicht nur der Breslauer Verein vertreten, sondern Ver-  
eine aus über die verschiedensten Teilen des Reiches, so aus Karlsruhe,  
Leipzig, München, Sigmaringen, ja sogar Wien. Wir sehen hier Einzelan-  
schritte und Bleischnittdruckarbeiten, die allgemeinen Interesse erregen.  
Sichtlich sind Maschinenfabriken von Maschinenfabriken an ausgestellt. Im  
zweiten Saale sehen wir Zeitungen und Zeitschriften aus allen Teilen  
des Reiches, vor allem natürlich die Breslauer Tageszeitungen von  
den ersten Jahren ihres Bestehens ab bis zum heutigen Tage und  
zahlreiche Blätter aus der Provinz. Die Ausstellung der Zeitungen  
und Zeitschriften dürfte ebenfalls einiges Interesse erregen, bekommt  
man doch ein Bild der Entwicklung der deutschen Presse im  
Laufe der Jahrzehnte. In einer weiteren Gruppe sind Drei- und Vier-  
farbendrucke und lithographische und Steinbruckerarbeiten vereinigt  
und in der 8. und letzten Gruppe sehen wir ein prächtiges Foto-  
"Ragengemälde", in Steinbrucker-Verfahren ausgestellt. Dem Be-  
sucher der Ausstellung wird weiterhin noch Gelegenheit gegeben, den  
Druck des Programms der Ausstellung beobachten zu können und  
die im Parkete des Hauses gelegene Maschinenfabrik der Firma  
Weißer sieht den Besuchern der Ausstellung zur Verfügung zur  
Benutzung.

\* Ein tragisches Familien drama. Am Freitag Abend  
gegen 10 Uhr löstete die Einwirkung des Giftes den Tod eines  
Mannes.

Kaufe ihnen nicht ungewöhnlich ersahen, legten sie dem seine  
Bedeutung bei. Als aber am Sonnabend im Laufe des Vor-  
mittags sich auch der Wohnung des Hofamtmanns Franz Fa-  
niler, der mit seiner Frau und einem einjährigen Töchterchen  
dort wohnte, niemand zeigte, schöpfte man Verdacht. Die Woh-  
nung wurde erbrochen und man fand das Ehepaar sowohl als  
das Kind in ihren Betten tot vor. Da die Wohnung außer  
verschlossen und eine Sicherheitsleite vorgelegt war, überdies auch  
noch die einzelnen Zimmerluren von innen verriegelt waren, so  
lag offenbar Selbstmord vor, und der vorgenannte Hofboga-  
Rebolver, aus dem drei Patronen abgeschossen waren, während  
noch drei darin staken, bestätigte dieses. Der aus Oesterreich  
nach Breslau gekommene Mann war in sehr schlechte Vermögens-  
verhältnisse geraten und das hat ihn gewiß zur Verzweiflung  
getrieben. Seine Frau und sich selber hat er die Stien ge-  
schossen und beide sind auf der Stelle tot gewesen, denn sie  
lagen in ihren Betten friedlich wie im Schlafe da; das Töch-  
terchen dagegen hat nur einen tödlichen Streifschuß im Ober-  
kopf erhalten und hat noch einen langen Lebenskampf bestanden,  
denn es hatte sich Krampfhast in seine Betten hineingewälzt.

\* Schwere Veranfall. Am Sonnabend, Vormittags in der  
zwölften Stunde, ist bei Aufriehung des Dachstahls auf dem Ne-  
bau Schwerinsstraße 27 der Zimmergelle Heinrich Schäfer aus  
Schwols abgestürzt und hat eine schwere Kopfverletzung und  
eine Gehirnerschütterung erlitten. Er wurde sofort in das Wenzel  
Handelsche Krankenhaus eingeliefert, wo er bis zum Abend noch nicht  
voll das Bewußtsein wiedererlangt hatte.

\* Schwere Unglücksfälle. In das Krankenhaus der Darm-  
herzigen Blüder wurden folgende Schwerverletzte eingeliefert: ein  
Arbeiter aus Mochbera, dem aus einer Maschine ein Stück  
Holz an die Brust geschleudert wurde; ein Arbeiter aus Schottlau  
dem ein Tor auf den Rücken fiel; ein Stellner aus Beckwitz,  
der überfahren wurde und schwere Kopf- und Brustverletzungen da-  
vontrug.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

#### Die Frauenmorde in Südpolen.

Ein Mordprozess, wie er in den Annalen der deutschen  
Justiz bisher wohl noch nicht da war, nimmt am morgigen  
Dienstag vor dem Lissaer Schwurgericht seinen Anfang.  
Zur Verhandlung kommen die Frauenmorde in der Pro-  
vinz Posen, die in den Gebieten der Landgerichte Pfla  
und Nitrowo im letzten Sommer verübt waren, und die wegen der  
Unmöglichkeit des Gesamttitels jeder einzelnen Tat von vorn-  
herein den Gedanken aufkommen ließen, daß ein und dieselbe  
Person als Täter in Betracht kommen müsse. Die Anklage rich-  
tet sich gegen den Tischlergesellen Valentin Koszjoi, einen  
über hundertjährigen, mehrfach vorbestraften Menschen, der einer  
großen Teil seines Lebens hinter Kerremauern zugebracht hat.  
Er ist jetzt 62 Jahre alt und stammt aus der Nähe von  
Kamslau. Seine erste große Strafe erhielt er 1880 vom  
Schwurgericht in Oels, das ihn wegen Falschföhrung, begangen an  
zwei Minderjährigen, zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilte.  
Am 19. April 1902 schlug Koszjoi auf der Schönau-Fausers-  
Chauffee bei Georgenberg eine alleinlebende, 42jährige Bauers-  
frau mit einem Stockhieb nieder, warf sie in den Graben,  
stopfte ihren Mund mit Erde voll und versuchte, sie zu er-  
stickt. Gestrige Gegenwehr und das Rollen eines nahenden  
Wagens retteten die Frau. Nur drei Tage später schlug er  
eine 54jährige Witwe, die im Waide Holz sammelte, mit einem  
in sein Taschentuch gewickelten Steine nieder, schändete sie und  
brachte ihr noch verschiedene Schnitte am Unterleib bei; er ließ  
sie dann für tot liegen. Die Frau konnte aber noch am Leben  
erhalten werden und ermöglichte die Feststellung des Täters.  
Wegen dieser beiden Verbrechen wurde Koszjoi von den Schwur-  
gerichten in Breslau und Hirschberg zu insgesamt 15 Jahren  
Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurteilt.  
Die Strafe hat er in den Zuchthäusern Ratibisch und Striegau  
verbüßt. Am 15. Oktober 1907 wurde er aus der Strafanstalt  
Striegau entlassen. Seit September 1908 war Koszjoi in  
Bralin im Kreise Groß-Wartenberg als Tischler bei dem Meister  
Gropfel, beschäftigt. Am 19. Juli 1909 fuhr er mit seinem  
Meister nach Neu-Mittelwalde bei Protoschin. In Neu-Mittel-  
walde suchte er, ohne erkennbaren Grund, entzog sich damit  
der Polizeiaufsicht und wurde seitdem nicht mehr gesehen. Vor-  
dem festigt und nichtern, war er später wieder lüster ge-  
worden und hatte merkwürdige Reden geführt. Gleich nach dem  
Verschwinden Koszjols passierten hintereinander vier Mord-  
fälle ohne daß es gelang, den Täter zu fassen. Am 21. Juli 1909  
wurde im fürstlich Radziwillschen Forst, umweit eines Wald-  
weges von Schwarzwald nach Rudnikowo, die Leiche eines sechs-  
zehnjährigen jungen Mannes gefunden, die etwa 8 bis 10 Tage  
dort gelegen haben mochte. Die Leiche war vollkommen ent-  
blößt und zeigte eine Reihe von Stichwunden in der Brust,  
von denen die eine, die den Tod herbeigeführt hatte, in der  
Lungenschlagader endete. Der Mord war anscheinend auf dem  
Feld verübt, nachdem der Täter vorher sein Opfer durch einen  
Stoß ins Gesicht, worauf das Fehlen der oberen vier  
Schneidezähne schließen läßt, betäubt hatte. Gewisse Feststellungen  
am Unterleib, sowie der nackte Zustand der Leiche rechtfertigen  
die Annahme eines Luftmordes. Das Dunkel über die  
Person des Ermordeten ist bis heute noch nicht gelüftet. Am  
Tage darauf, am 22. Juli, wurde etwa zwei bis drei Kilo-  
meter von Koblyn, in unmittelbarer Nähe des Lissaer Waldes,  
die 66 Jahre alte Witwe Katharina Smentel, die Waise ge-  
sammelt hatte und in einem Sack bei sich trug, ermordet auf-  
gefunden. Auch hier wurden schwere Verletzungen des Unter-  
leibes festgestellt. Am 23. Juli wurde auf einem Kartoffelfelde  
umweit Friedrichsweller im Kreise Ratibisch die 56 Jahre alte  
Arbeiterfrau Kostna Sepold, die Ziegenwutter gesammelt  
hatte und in einer Hirbe bei sich trug, ermordet aufgefunden.  
Die Leichensöffnung ergab zwei Stiche in der linken Brustseite,  
die beide das Herz durchbohrten, mehrere Schlagverletzungen am  
Kopfe und schwere Verletzungen des Unterleibes, die auf ein  
vorhergegangenes Stillschließungsverbrechen schließen lassen. Am  
27. Juli wurde schließlich in der Pietrower Gutsdorf im  
Kreise Posen die in einer jungen Schornung die 65 Jahre  
alte Witwe Michalina Platzek ermordet aufgefunden. Auch  
hier ergab die Leichensöffnung zwei Messerstiche in der linken  
Brustseite in der Herzgegend, zwei tiefe Messerstiche in der  
linken Gesichtseite und schwere Verletzungen des Unterleibes.  
Trotz der angestrengtesten Bemühungen der Behörden gelang es  
zunchst nicht, des Mordbuben habhaft zu werden, der natürlich  
die ganze Bevölkerung Südpolens in Aufregung hielt. Alle  
Bestimmungen mußten wieder aufgehoben werden und auch höch-  
Belohnungen halfen nicht. Erst am 8. August wurde Koszjoi,  
auf den gerichtete hatte, in Sienichowo verhaftet und nach Lissa  
überführt. Der Angeklagte, der die ihm zur Last gelegten Ver-  
brechen hartnäckig leugnet, wird von allen Parteien bestimmt we-  
der erkannt. Zu der Verhandlung, die acht Tage dauern soll,  
und über deren Ausgang wir berichten werden, sind über 200  
Zeugen geladen.

Bromberg, 10. Jan. Lohnbewegung der Bittler.  
Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern um festgesetzte Stunden-  
sätze haben sich geschloffen, so daß am Sonnabend, den 8. Jan-  
uar die Stellen der Bittler ausgeschrieben. Die Arbeiter sollten  
die Unmöglichkeit im einzelnen vor, der von anderen Bittlern  
erhalten werden und die Arbeiter vereinigen sich zu einem  
Verein.



Dieshalb wendet man den Witzern zu, weiter zu gehen. Die Stimmung ist gut, wenn Jungs feingehalten wird, ist der Sieg gewiss.

### Arbeiterbewegung.

**Mitgliedszahlen der Gewerkschaften vom Jahre 1909**  
Das Korrespondenzblatt der Generalkommission kann in seiner neuesten Nummer einen Überblick über die zu erwartenden Mitgliedszahlen der freien Verbände für das Jahr 1909 geben. Wir lesen daselbst:

Nach den vergleichenden Ziffern von 88 Gewerkschaften vom Schlusse des dritten Quartals 1909, die insgesamt 1.418.283 Mitglieder zählten, ist der Rückgang auf gewerkschaftlichem Gebiete im wesentlichen als überwunden zu betrachten. Die Gewerkschaften zählten Ende September 1908 1.409.051 Mitglieder. Der Vergleich dieser Zahlen ergibt eine Zunahme von 9032. Von drei weiteren Verbänden liegen noch vorleibbare Ziffern vom Ende des 2. Quartals vor; hier wurden Ende Juni 1908 67.493, dagegen Ende Juli 1909 67.181 Mitglieder gezählt, was einer Zunahme von 1688 entspricht. Insgesamt 41 Verbände haben demnach binnen Jahresfrist um 10.800 Mitglieder zugenommen. Da diese Verbände 19:8 (3. Quartal) 80,6 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder repräsentieren, so können wir für die gesamten Gewerkschaften für das Jahr 1909 mit einem Zuwachs von etwa 13.500 Mitgliedern rechnen. Es ist indes zu hoffen, daß die Gewerkschaften, deren Abrechnungen ausstehender Ergebnisse miteilen können, sowie ferner, daß die Zunahme vom Jahresbeginn 1909 bis zum Jahresende 1909 die aufsteigende Entwicklung noch stärker hervorweisen lassen wird.

Ob dieser Zuwachs vorerst auch noch gering, so bildet er doch ein wichtiges Zeichen dafür, daß es wieder vorwärts geht. Dies läßt sich auch aus der Tabelle hervor, daß es nicht bloß einzelne Gewerkschaften sind, die an dem Aufschwunge teilnehmen, sondern die Mehrzahl; von den 41 Verbänden, deren Angaben wir verwenden konnten, wies 25 eine Zunahme und nur 16 eine Abnahme an Mitgliedern auf. Wir sind also über den toten Punkt hinweggelangt und nun werden sich mit dem neuen Regen aller Kräfte auch unsere Reiben wie früher füllen und eine neue Periode gewerkschaftlicher Erfolge ihren Einzug halten.

**Arbeiteraufhebungen für das Ruhrgebiet.** Das bei der Spannung im Bergbau die Grubenbesitzer alles tun, um ihre Position für die Zukunft zu stärken, ist verständlich. Die Anwerbung grubenfremder Arbeiter scheint dabei eine große Rolle spielen zu sollen.

Die **Selsentlicherer Bergwerksgesellschaft** hat gegenwärtig in der Dantsig-Grubenberger Gegend zwei Agenten an der Arbeit, die bis Februar 1000 Arbeiter für die Schächte der Gesellschaft anwerben sollen. Bisher 100 Arbeiter sind auf der Seite Bonifacius in Arns (Kreis Essen) bereits angekommen.

Es sind durchweg „Bergfremde“, mit den Gefahren des Grubenbetriebes nicht vertraute Arbeiter, Handwerker usw., und es lenkt ohne weiteres ein, daß die Unfallgefahr durch Massenansetzung fremder Arbeiter erhöht wird.

Der Arbeiterbedarf scheint im Ruhrbergbau augenblicklich ziemlich stark zu sein, es wird wenigstens ein solcher Ansehen erwartet. Bei der Tatsache, daß noch niemals solch ungeheure Kohlenmengen auf Stapel lagen wie gegenwärtig, ist die Annahme sehr berechtigt, daß es sich hier um ein für die Arbeiter gefährliches Wandern der Grubenbesitzer handelt. Die Art und Weise, wie die aus Ostpreußen geholten Arbeiter behandelt werden, bestätigt, daß die Massenwerbung zu den Hülfsmitteln der Grubenbesitzer gegen einen eventuell kommenden Streik gehören.

Die Reiseflohen (18 bis 20 Mark) sind den Leuten vorgeschossen worden; die Kosten der Wurm-Untersuchung (circa 5 Mark) trägt die Besche. Wenn Kleidung und Schuhwerk fehlt, bekommt der Arbeiter diese auf Mühseligkeit der Besche bei einem bestimmten Geschäftsmann; Kost und Logis erhalten die Arbeiter in der Zechenkolonie, wobei die Besche den Kostgebern für das Kostgeld guttaut. Die Besche wird sich natürlich von den Arbeitern die Unterschrift geben lassen, daß sie ihre Auslagen vom Lohn einbehalten darf. Sie zwingt damit die Arbeiter in eine Schuldschuld, aus der sie so leicht nicht herauskommen. Ob die Spekulation, daß aus diesen so geknechteten Arbeitern in Streikzeiten sich gefügige Arbeitswilligenkolonnen bilden lassen, richtig ist, darf füglich bezweifelt werden.

Die Genossen in den Gegenden, in denen Agenten der Ruhrgruben aufsuchen, tun gut daran, wenn sie der Parteipresse zuverlässige Informationen über Umfang der Anwerbungen, Versprechungen der Agenten usw. geben.

**Partei und Gewerkschaften in Amerika.** Als ein erster und schon recht bedeutender Erfolg der neuerlichen Anbahnungsversuche zwischen Partei und Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten kann bezeichnet werden, daß eine große Anzahl von Gewerkschaftsaktionen um die Einsetzung sozialistischer Redner erlucht haben. Diese Frage wurde daher auf der kürzlich in Chicago abgehaltenen Konferenz des Nationalrates der sozialistischen Partei eingehend erörtert und sind besondere Anstrengungen für die Agitation unter den Gewerkschaften festgesetzt und zwar zunächst unter solchen Gewerkschaften, denen die Arbeiter selbst als Mitglieder angehören. Bisher schon berufen die Gewerkschaften besondere Mitgliederveranstaltungen ein, in denen, ganz gegen frühere Gewohnheiten, sozialistische Vorträge gehalten werden.

**„Kinematographische“ Agitation.** In verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten haben sich „sozialistische Gruppen zur Kritik und zum Betriebe von Kinematographen-Theatern“ gebildet, in denen vornehmlich in agitatorischer und erzieherischer Weise im Sinne des Sozialismus auf die Besucher eingewirkt werden soll, ohne daß dabei das Unterhaltungsbedürfnis zu kurz kommt. Einige seit mehreren Monaten bestehende Theater sollen in jeder Beziehung befriedigend arbeiten.

### Aus den Gerichtssälen.

#### Gleiches Recht für jedermann!

Vor dem Schöffengericht in Witten (Vormern) wurde vor einigen Tagen untereinander folgende zwei Fälle abgeurteilt, die ein beachtenswertes Licht auf die Lage der Gleichheit vor dem Gesetz in Preußen werfen.

1. Wegen Verleumdung des Gendarmeriewachtmannes Schröder-Vorntuchen hatte sich der Arbeiter Theodor Formelle aus Wuffelen zu verantworten. Er hatte dem Oberförster Eigenbrodt erzählt, der Gendarm hätte gewildert. Das stellt sich als unwahr heraus. Der Arbeiter erhält für seine Verurteilung die übliche Strafe von 14 Tagen Gefängnis.

2. Vor demselben Gericht hatte sich der Restaurateur Duncker aus Luffenhof zu verantworten. Diese Verhandlung ergab folgendes Bild: Am 6. Oktober kam der Arbeiter Wietz von der Arbeit zurück und passierte das Grundstück des Angeklagten. Wietz wurde er durch einen Schuß an rechten Arm verletzt. Der Betroffene ging der Richtung nach, aus welcher der Schuß kam. Man fand den Angeklagten. Dieser leugnete nicht, geschossen zu haben, daß habe der Schuß einen anderen, und zwar den Gutsbesitzer Gaffranzki, mit dem der Angeklagte am Nachmittag ein unliebsames Zusammentreffen gehabt und den er mit der Waffe bedroht hatte, treffen sollen. Die Anklage lautete auf Körperverletzung, Verleumdung und Bedrohung mit Todschlag. Das Gericht fällt folgendes Urteil: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Angeklagter vorfalschlich gehandelt hat. Auch ist anzunehmen, daß der Schuß nicht dem Arbeiter, sondern dem Gaffranzki gelten sollte, mit dem er in ärgerster Feindschaft lebte. Wenn auch ein tödlicher Schuss nicht beabsichtigt ist, so sollte doch einen gehörigen Dentschel erhalten. Eine solche Tat sei dem Angeklagten wohl zuzutrauen. Dafür spreche das ganze Verhalten des Angeklagten. Nun sollte man erwarten, daß nach dieser Begründung ein entsprechendes Strafmaß käme. Doch weit gefehlt. Es lautete auf — 70 Mk. Geldstrafe!  
Im ersten Fall war der Verleumder ein Arbeiter, im zweiten ein wohlhabender Besitzer, der Verletzte, im ersten Fall ein Gendarm, im zweiten ein Arbeiter. Das nennt man gleiches Recht für jedermann.

### Briefkasten.

**A. Orschdorf.** Ja; mit Postlofen ist es nicht 3,50 Mk., die Sie am besten vorher einrichten.  
**Böbelts 101.** Beantragen Sie bei Gericht, daß das Fahrzeug freigegeben wird.  
**A. 100.** 1. Der Gewertrag muß vor einem Notar oder dem Gericht abgeschlossen werden; er ist sofort gültig. 2. Nein, die Frau ist nicht haftbar. 3. Ja. 4. Gewerbetreibener ist erst bei einem Jahresentkommen von 1500 Mk. zu zahlen. 5. Ja.  
**D. A.** 1. Wegen Schulden des Mannes können die Sachen der Frau nicht gepfändet werden. 2. Nein. 3. Ja; der Besizer der Sachen muß auf Freigabe klagen. 4. Der Lohn kann in diesem Falle nicht gepfändet werden.  
**Ed. Krieg.** Sie können jetzt nichts mehr beanspruchen.  
**S. S.** Wenden Sie sich an das russische Konsulat in Breslau, Auguststraße 135.  
**H. B.** Im Jahre 1913 fällt Ostern auf den 28. März.

### Stadt-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
„Soffmanns Erzählungen“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Orpheus in der Unterwelt“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Salaf“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Garzen“.  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
„Die Schale der Frauen“.  
„Der Farn“.  
Sonntag 7 Uhr:  
„Sohengrin“.

### Lobe-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
„Der fidele Bauer“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Ein Verhändlungs“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Die geschiedene Frau“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Ein Verhändlungs“.  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
„Ein Verhändlungs“.  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
„Die Pfarrerswider von Stralendorf“.

### Thalia-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
„Johannistag“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Die Heiler“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Die Heiler“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Die Heiler“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Die Heiler“.

### Schauspielhaus

Donnerstag 8 Uhr:  
„Ramon“.  
Dienstag 8 Uhr:  
„Die Willkürherrschaft“.

### Liebliche Etablissement

Verona-Truppe.  
Johnny & Charles  
etc. etc. etc.  
Donnerstag 7 1/2 Uhr.

### Zeitgarten

Dir. H. Arnsbach.  
Abt. L. Jansen:  
Das hervorragende neue  
Programm.

### Palmengarten.

Dir. H. Arnsbach.  
2 Kapellen.  
Entree frei!

### Colossen

Nikolaistr. 27.  
Ernst Shakleton  
mit der Hilfe genialer Kunst  
Schonach! Unterhaltend!  
Tägliche 4 Ubr.  
Entree 25 Pf., Kinder 10 Pf.

### Edvard Bernstein

verschiedenen Formen  
des Wirtschaftslebens.  
Preis 20 Pf.

Am 8. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unser  
hochverehrter Chef, Herr Direktor

**Ed. Schimmelmann.**  
Sein liebendes Andenken werden stets in Ehren halten  
Die Schiffszimmerer und Tschler  
der Schlesischen Dampfer-Compagnie.

Nach langen schweren Leiden verschied unser hochverehrter  
Chef, der Direktor der Schlesischen Dampfer-Compagnie

**Herr Eduard Schimmelmann.**  
Sein humaner Charakter sichert ihm ein dauerndes An-  
denken bei den  
Arbeitern der Schlesischen Dampfer-Compagnie  
(Abteilung Schiffswerk).

### Danksagung.

Für die vielen Beweise langjähriger Teilnahme bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Metalldeckers  
**Emil Schwabauer**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem  
Sozialdemokratischen Verein, den Genossen und Genossinnen  
des Distrikts 19, dem Gesangsverein „Bildungskreis“, desgleichen  
Herrn Prediger Tschirn unseren aufrichtigsten Dank.  
Breslau, den 8. Januar 1910.

### Proletarierkrankheit und franke Proletarier.

Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas  
Preis 20 Pf.  
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

1890 1910

20.

# Inventur-Verkauf!

## Jubiläums-

Anlässlich meines 20jährigen Geschäftsbestehens liegt mir daran, dem werten Publikum bei meinem diesjährigen Jubiläums-Inventur-Verkauf ganz besondere Vorteile zu bieten. Aus diesem Grunde habe ich die Preise in sämtlichen Abteilungen für alle Waren ohne Rücksicht auf die allgemeine Preissteigerung

### bedeutend herabgesetzt.

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe.  
Kleiderstoffe, Gardinen, Linoleum, Läuferstoffe, Züchen, Inletts, Handtücher, Besätze, Spitzen, Futterstoffe, Tischwäsche, Hüte, Krawatten, Hemden

## Reste:

zu halben Preisen!

# Hugo Brauer, Haynau,

Fernsprecher 156 Ring Nr. 8 Fernsprecher 156